

Correspondent

Erscheint
Dienstag, Donnerstag,
Sonntags.
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

42. Jahrg.

Leipzig, Donnerstag den 19. Mai 1904.

№ 57.

Eduard Bernsteins Montagszeitung und die Buchdrucker.

Wir haben unseren Lesern bereits davon Kenntnis gegeben, wie unliebsam in den Parteikreisen des Abg. Bernsteins dessen Herausgabe eines Montagsblattes („Das Neue Montagsblatt“) aufgenommen worden ist. Noch ehe die erste Nummer jenes Blattes erschien, war bereits von den Parteigängern Bernsteins — den Vertrauensleuten des 4. Berliner Wahlkreises — dieses Zeitungsunternehmens in die Acht getan. So vorzüglich arbeitete nicht einmal der päpstliche Index im Mittelalter. Ob bei einem andern der Genossen Bernsteins (z. B. Stadthagen, Zubeil, Ad. Hoffmann, Kiesel, Kehler usw.) der organisierte Parteibann ebenso prompt schon vor dem Erscheinen einer solchen Zeitung funktioniert hätte, wissen wir natürlich nicht, geflatten es uns aber in aller Objektivität zu bezweifeln. Welche Gründe waren nun maßgebend, daß sehr einflußreiche Genossen Bernsteins das Kind schon im Mutterleibe meucheln wollten?

Darüber schreibt man sich in sozialdemokratischen Blättern fast die Finger wund und die Federn stumpf. Anscheinend will aber keiner mit den wirklichen Gründen herausrücken, so nahelegend sie sind. Da finden wir nun in der „Münchener Post“ einen jedenfalls von sehr sachkundiger Hand, aber durchaus nicht erschöpfend geschriebenen Artikel, in welchem mit seltener, aber notwendiger Schärfe darauf verwiesen wird, daß gewisse Berliner Ultra den Abgeordneten Eduard Bernstein einfach auszuhängern wollen. Der Mann hat den Groll seit Hannover, Lübeck und Dresden nicht zu dämpfen gesucht, der mit seiner Schrift: „Die Voraussetzungen des Sozialismus“ anhub und mit seiner kühnen Rede von Dresden nur noch verstärkt worden ist. Und dabei kann man — wenn wir uns ein solches Urteil Bernstein gegenüber erlauben dürfen — den Ultra gar nicht einmal so unrecht geben, denn Bernstein ist stets in lauter Halbheiten steden geblieben, das Vernichtendste für einen Mann im öffentlichen Leben. Mit ernstem, leidenschaftlichem, geradezu befreiendem Mute setzte Bernstein nach seiner Wiederkehr nach Deutschland publizistisch ein, um in Lübeck vor der Eröffnung einer Resolution zurückzuführen und im entscheidenden Augenblicke das Beste seines Wesens aufzugeben. Die Folgen konnten nicht ausbleiben: seine Gegner hatte er weder befriedigt noch überzeugt, seine Freunde aber enttäuscht. Vor Lübeck schon plante Bernstein die Herausgabe eines Blattes, nach Lübeck hatte er sich die Möglichkeit dazu selbst genommen.

Man wolle uns verzeihen, wir sind etwas abgekommen von dem, was uns in neuesten „Falle Bernstein“ die Feder in die Hand drückte: man hat nämlich auch die Buchdrucker mit hineingezogen als Kronzeugen dafür, daß die Montagszeitung Bernsteins nicht erscheinen dürfe. Wie schon erwähnt, verurteilte ein Mitarbeiter der „Münchener Post“ in entscheidender Weise das Vorgehen gegen Bernstein, worauf nunmehr in dem genannten Blatte „ein bekanntes Mitglied der Reichstagsfraktion“ (Buchdrucker?) das Wort in dieser Sache nimmt und so wunderbarsten Entdeckungen kommt, warum das Einschreiten der Berliner Parteigenossen gegen Bernstein berechtigt sei. In dieser Zuschrift heißt es an den für uns Buchdrucker bezeichnenden Stellen:

Zu Nr. 103 der „Münchener Post“ wird ein längerer Artikel veröffentlicht, in welchem die Intoleranz des Parteivorstandes und der Berliner Genossen in scharfer Weise an den Pranger gestellt wird. Der Einförmiger operiert mit den denkbar stärksten Kraftworten. Augenscheinlich ist er in so großer Erregung gewesen, daß es verzeihlich ist, wenn er verschiedene in Betracht kommende Momente ganz außer acht gelassen hat. Für ihn kommt nur Bernsteins Geist und die Existenzfrage Bernsteins in Betracht. Eine Zeitung ist aber kein reines Geistesprodukt. Sie kann Geist enthalten, aber es ist nicht dringend nötig. Ohne Buchdruckerarbeit kann aber keine Zeitung herausgegeben werden. Nun ist Deutschland seit langer Zeit das Land gewesen, das keine Montagsblätter hatte. Hierin zeichnete es sich von allen Kulturländern aus. Selbst die englisch sprechenden Völker mit ihrer starren Sonntagsruhe haben ihre Montagsblätter, oder richtiger: Montags-

ausgaben der Tageszeitungen. Daß es in Deutschland so war, war weniger der Sonntags ruhenden Geistesarbeit, als dem energischen Drängen der organisierten Buchdrucker zu danken, die es als einen der schönsten Erfolge bezeichnen konnten, daß sie bald nach Gründung des Verbandes die Zeitungsunternehmer zwangen, die am Montagmorgen erscheinenden Zeitungsnummern ausfallen zu lassen. Sehr bald gewöhnte sich auch das Publikum daran, am Montagmorgen keine Zeitung zu haben... Was Bernstein bieten wird, ist kein Montagsblatt, sondern ein Wochenblatt, das am Montag erscheint. Da es aber nicht ganz ohne aktuelle Nachrichten auskommen kann, muß es in der Nacht vom Sonntag zum Montag fertig gestellt werden, d. h. eine Anzahl Setzer, Stereotypen, Maschinenmeister, Hilfsarbeiter usw. müssen am Sonntag Abend 12 Uhr die Arbeit beginnen. Wird nun aber durch die Montagsblätter ein wirkliches Bedürfnis für Montagszeitungen groß gezogen, dann werden die Montagsblätter wieder verschwinden, weil dann die Tagesblätter wieder gezwungen werden, wieder so wie früher statt sechs siebenmal wöchentlich zu erscheinen. Dann kann der alte Kampf wieder beginnen. Wahrscheinlich würde dann auch die Gesetzgebung mit in Anspruch genommen werden. Unsere Programmforderung der ununterbrochenen Ruhezeit von 36 Stunden würden wir energisch geltend machen müssen. Man würde uns dann vorwerfen, daß wir selbst dabei waren, die seit mehr als 30 Jahren üblich gewesene Ruhezeit in Druckereien zu beseitigen. Würde in solchen Augenblicken die Fraktion erklären, daß das Montagsblatt ein Privatunternehmen des Genossen Bernstein ist, dann würde man mit Zug und Recht sagen, daß es nur eine Ausrede ist. Jetzt kann aber die Partei, sobald ein Kampf der Buchdrucker um die Sonntagsruhe beginnt, darauf hinweisen, daß die Partei nicht daran beteiligt war, eine wirklich gute Gewohnheit der Deutschen zu beseitigen, daß sie die Verantwortung gleich dem einzelnen Genossen zugeschoben hat...

Diese Ausführungen entfallen geradezu unheimlich viel Wohlwollen für die Buchdruckergehilfen. Wir glauben aber nicht recht daran. Auch sind die Begründungen des „bekannten Mitgliedes der Reichstagsfraktion“ viel zu oberflächlich in einer solchen Sache und seine Schlussfolgerungen dort, wo sie überzeugen wollen, ganz unzutreffend und innerlich unwahr. Wir müssen etwas weit ausholen, um dies allgemeinverständlich machen zu können. Bis zum Jahre 1848 erschienen z. B. in Berlin nur zwei Montagszeitungen (die Postische und die Spenerische), im Jahre 1868 waren es deren sechs. Außer Berlin war namentlich in Köln und Frankfurt a. M. mit dem Uebelstande der Montagszeitungen zu rechnen. Im ganzen erschienen 1868 in Deutschland, zu der Zeit also, da der Verband den Kampf gegen die Sonntagsarbeit aufnahm, Montagszeitungen in: Preußen 142, Bayern 99, Sachsen 19, Hessen 14, Hamburg 10, Bremen 8, Braunschweig 4, S.-Weimar 2, Neuch. j. L. 2. Nehlich lagen die Verhältnisse in Oesterreich und der Schweiz. In Oesterreich setzte bereits 1865 der Kampf der Buchdruckergehilfen gegen die Sonntagsarbeit ein, in Deutschland begann er nach dem Buchdruckerstage in Berlin (1868). Wie lagen aber die Verhältnisse bezüglich der Sonntagsarbeit? Von früh 8 oder 9 Uhr bis abends 11 und nicht selten bis 1 Uhr erstreckte sich die tägliche Arbeitszeit eines Zeitungssetzers, der dann auch noch Sonntags acht bis zehn Stunden in den Druckereien zu arbeiten hatte, so daß von einer freien Zeit des Gehilfen überhaupt keine Rede sein konnte. Hier nun eine Abhilfe zu schaffen, war nach Lage der Sache mit den größten Schwierigkeiten verknüpft. Hatte doch selbst der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. v. Schweitzer (nach Lassalle Präsident des Allgemeinen Arbeitervereins) 1867 bei der Begründung seines Antrages, die Sonntagsruhe betreffend, gewünscht, daß Sonntags nicht länger als bis 1 Uhr gearbeitet werden solle. Wäre es nicht zugleich im materiellen Interesse der Zeitungsbesitzer gelegen gewesen, die trotz Ausfalls der Montagsnummer den gleichen Abonnementpreis erhielten, hätte sich wohl nicht sobald ein Ausweg finden lassen. Das Streben der Buchdrucker war deshalb auf die Be-

seitigung der Montagszeitungen gerichtet, weil ein und dasselbe Personal nicht nur die Wochentage, sondern auch Sonntags zu arbeiten hatte, ein Zustand, der in den meisten Buchdruckereien Deutschlands noch bis Ende der siebziger Jahre und in vielen Druckereien noch bis Ende der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts bestand, wenn auch in den Provinzstädten diese Sonntagsarbeit nur darin bestand, zwei oder drei Vormittagsstunden so gut wie zwecklos in der Druckerei zuzubringen. Bei den Zeitungen suchten daher die Gehilfen zu erreichen, daß ihnen überhaupt ein freier Tag in der Woche gewährt werde, wie dies Kollege Ganguin, der zum Berliner Buchdruckerstage den Antrag stellte, daß die Sonntagsarbeit zu verbieten ist, in diese Worte leitete:

„Bei Posten und Eisenbahnen hat der Beamte doch auch seine freien Tage, an welchen er sich erholen und geistig und körperlich erfrischen kann. Aber bei einer Zeitung? Diejenigen, die am Sonntage die Zeitung zu setzen hatten, setzen sie auch am Sonntag und die sie am Sonntag setzen, wird man die ganze Woche hindurch in der Zeitungsfabrik tätig finden... Wird der Sonntag zum Arbeitstage gemacht, so muß notwendig ein Arbeitstag zur Ausgleichung zum Sonntag gemacht werden. Es kann nicht darauf ankommen, welcher Tag uns gehört — Hauptsache ist, einen Tag zu haben, an welchem der Mensch sich als Mensch fühlt.“

Es handelte sich also um zweierlei: entweder um die Abschaffung der regelmäßigen Sonntagsarbeit oder um die Einstellung von so viel Personal, daß abwechselnd je ein freier Tag — also 36 Stunden regelmäßige Arbeitsruhe — in der Woche auf jeden Gehilfen entfiel. Und darauf kommt es heute noch an, auf weiter nichts. Ein Prinzip, daß die 36stündige Ruhezeit unbedingt auf die Zeit vom Sonnabendabend 6 Uhr bis Montagmorgen 6 Uhr fallen müsse, ist in unserm Wirtschaftsleben weder aufzustellen noch durchzuführen. Damit fällt auch der Haupteinwand des „bekannten“ Herrn gegen Bernsteins Montagszeitung.

Wir bedauern, daß die Sonntagsruhe bereits vielfach durchlöchert ist, wenn wir aber einen Kampf kämpfen werden, so ist es der um die 54stündige Arbeitswoche, damit nicht durch die Sonntagsarbeit* bei gleichem Personale eine regelmäßige zehn- oder elfstündige tägliche Arbeitszeit herauskommt. Jeder Gehilfe hat laut Tarif nur eine täglich neunstündige Arbeitszeit zu leisten und Ueberstunden tunlichst zu vermeiden, regelmäßige Ueberstunden sind überhaupt tariflich verboten, und solche regelmäßige Ueberstunden involviert die Sonntagsarbeit bei Zeitungen. In diesem Falle muß eben durch Schichtwechsel oder andere Mittel die Garantie gegeben sein, daß jeder Arbeiter in der Woche eine 36stündige Ruhezeit genießen kann. Sollte das bei der Berufsständigen Montagszeitung nicht der Fall sein, wären die entsprechenden Schritte einzuleiten. Uns liegt nichts ferner, als die Sonntagsruhe gefährden zu wollen, wir verschließen uns aber auch nicht der Erkenntnis, daß die wirtschaftliche Entwicklung und der steigende Einfluß der Presse hier einmal Konzessionen von den Arbeitern verlangen, wie solche auf anderen weniger bedeutenden beruflichen Gebieten bereits notwendig geworden sind. Welcher Art diese Konzessionen sein können, haben wir bereits gesagt. Wenn übrigens der gedachte Abgeordnete in so schroffer Weise gegen Bernstein vorgegangen wissen will, und zwar nur um der Buchdrucker willen, so müßte er einmal eine Anfrage in sozialdemokratischen Druckereien halten, wo zur Wahlzeit (Reichstags-, Landtags-, Kommunalwahlen) oder bei sonstigen wichtigen öffentlichen Vorkommnissen oder vier bis sechs Wochen vor Weihnachten auch Sonntags mit ziemlicher Regelmäßigkeit gearbeitet werden muß! Es fällt uns nicht ein, um dieser Sonntagsarbeit willen den „Kampf um die Sonntagsruhe“ zu eröffnen, wenn aber in Arbeiterdruckereien schon diese Ueberarbeit sich nicht vermeiden läßt, dann sollte man in dieser Sache mit prinzipiellen Erklärungen gegen Bernstein etwas vorsichtiger sein, zudem doch sonst in Arbeiterdruckereien — wir erinnern uns an die oft künstliche Beschleunigung bei der Einführung von Segmaschinen —

* Unter Sonntagsarbeit verstehen wir alle Nachtarbeit auch in den frühesten Morgenstunden.

das Interesse der Buchdruckergehilfen dem Interesse der kapitalistischen Betriebsweise weichen mußte. Wenn Bernstein jetzt in Berlin das Feld am Montag und die Arbeitergehilfen nicht gewissen Sensationsblättern überlassen will, läßt sich herzlich wenig dagegen sagen, denn es ist u. U. nur eine Frage der Zeit, bis die übrigen Tagesblätter sich gegen die ihnen unangenehme Konkurrenz der Montagblätter wenden und ebenfalls mit einer Montagausgabe vorgehen werden. Dagegen wird man sich im Laufe der Entwicklung vergeblich sträuben und der betr. Reichstagsabgeordnete wird dies nicht befreiten wollen. Aber freilich, es handelt sich ja darum, um jeden Preis beweisen zu wollen, daß die Montagzeitung Bernsteins keine Erfindungsberechtigung hat. Dankbar sind wir jedoch dem Herrn Abgeordneten für seine goldenen Worte: „... Würde in solchen Augenblicken die Fraktion erklären, daß das Montagblatt ein Privatunternehmen des Genossen Bernstein ist, dann würde man mit Fug und Recht sagen, daß es nur eine Ausrede ist.“ Wenn also wieder ein sozialdemokratisches Blatt oder ein Abgeordneter der sozialdemokratischen Partei die Buchdrucker zu schädigen oder zu diskreditieren versucht (denn wie bei Bernstein erwiesen ist der Versuch schon strafbar!) und die genannte Partei erklärt, das gehe sie nichts an, es sei dies die Privatangelegenheit des Betreffenden, dann sagen wir „mit Fug und Recht“, „daß es nur eine Ausrede ist!“ —

Inzwischen haben die Genossen Bernsteins im vierten Wahlkreise (Einger) wurde in demselben 1903 mit 68758 Stimmen gewählt) zu der ihnen gewordenen Kritik öffentlich Stellung genommen und ihre Haltung gegen Bernstein damit begründet, „daß die Berliner Genossen sich jahrelang gequält, um ihr Parteiblatt aus den Händen eines Privatunternehmers zu befreien und da wollte man nicht wieder ein neues Blatt aufkommen sehen in privaten Händen“. Ferner erklärte die Versammlung: „Sie hält die Gründung von Zeitungen als Privatunternehmen seitens Parteigenossen für die Partei schädlich und die Einheit der Partei gefährdend. Sie sieht sich deshalb verpflichtet, mit allen Mitteln solche Privatunternehmungen zu bekämpfen.“ Wäre diese „Begründung“ maßgebend für das Einschreiten gegen Bernstein gewesen, würden seine Genossen auf die breiteste Darlegung solcher Beweggründe wohl kaum von vornherein verzichtet haben, so aber mußte ihnen erst der Artikel in der „Münchener Post“ die Zunge lösen. Der weitere Verlauf der Versammlung bewies auch, daß es mit der sachlichen Auffassung in dieser Frage nicht allzu weit her war. So sagte ein Redner (Kollege Schulz): „... Er glaube nicht daran, daß man mit Einger oder Bebel ebenso verfahren wäre. Er habe etwas anderes gemeint, nämlich daß gesagt worden sei: „Da soll ein Keil in die Berliner Bewegung getrieben werden, wir aber werden es den Bernsteinianern und Heineanern schon anstreichen!“ Ihm rede keiner ein, daß das Montagblatt des Bernsteins der Parteipresse irgendwelche Konkurrenz mache... Diese Konkurrenz spielt aber unsehr Charakterens die Hauptrolle dabei, denn auch der Vorsitzende Vitkin erklärte: „... Es könnte ja auch jeder andere kommen und ein Nebenblatt gründen wollen und so dem „Vorwärts“, Konkurrenz machen...“ Nun, wenn das auch ein Grund sein soll, eventuell das Bessere zu unterdrücken, dann kann die Arbeiterkraft ja recht hoffnungsvoll in die Zukunft blicken.

Doch das und vieles andere ist es nicht, auf was es uns ankommt und warum wir zur Feder griffen. Wir wollen nur mit aller Entschiedenheit den vergifteten Dolch bei Seite schlagen, den ein „bekanntes Mitglied der Reichstagsfraktion“ den Buchdruckern in die Hände zu drücken versucht, auf daß diese ihn — nachgehend bis ans Heft den Estag! — Ede Bernstein in die Brust stoßen. Das schloß gerade noch, daß das die Pressefreiheit in der zukünftigen Gesellschaft so herzlich illustrierte Vorgehen der Genossen Bernsteins mit den Interessen der Buchdrucker zu verquiden versucht wird, wo doch selbst der jüngste Spatz von den Dächern pfeift, daß Bernstein in jedem Betracht fast gestiftet werden soll, wenn er nicht tanzen will wie ihm die Intransigenten Berlins aufspielen.

In der kurz vor Schluß der Redaktion eingehenden Nr. 3 des „Neuen Montagblattes“ gibt Ed Bernstein die Gründe bekannt, welche ihn veranlaßten, mit einer neuen Zeitungsgründung vorzugehen. Einmal habe man ihn wegen Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Parteifragen als festangestellter Mitarbeiter des „Vorwärts“ entlassen, dann könne er mit einer bei diesem Blatte zugelassenen Mitarbeiterschaft „von Fall zu Fall“ ebensoviele als „freier Schriftsteller“ materiell existieren. „Dazu kommt das ideale Moment, das Bedürfnis nach einer literarischen Heimstätte für jemand, der glaubt, als politischer Schriftsteller wirken zu können. Schließlich ist auch zu bemerken, daß ich zwar im vollen Schaffensalter stehe, aber nicht mehr den Altersjahren angehöre, wo man Zeit und Art seines Schaffens mit Leichtigkeit wechselt. Unter diesen Umständen blieb mir nichts übrig, als mir selbst ein Organ zu gründen. Und da es mir widerstrebt, irgend einer bestehenden sozialistischen Zeitschrift oder Korrespondenz Konkurrenz zu machen, bot sich mir als eine noch auszufüllende Lücke in der sozialistischen Literatur die Schaffung eines sozialistischen Montagblattes für Berlin dar.“ Bernstein verweist dann ferner darauf, daß bereits fünf Montagzeitungen in Berlin bestehen, bei denen die Nacharbeit als „von der Buchdruckerorganisation anerkannt zu betrachten sei“. In der

„Politik der Auszehrung“ seiner Person, sagt Bernstein, sei der sozialdemokratische Parteivorstand nicht beteiligt, ja dieser verurtheile sogar, „mich für die etwaige Benachteiligung im Einkommen schadlos zu halten. Es lag nicht an ihm, wenn sich diese Absicht nicht verwirklichte“. Das Bild wird durch die Erklärung Bernsteins noch trüber und gibt hoffentlich manchem Arbeiter lehrreichen Stoff zum Nachdenken.

Aus dem Auslande.

Aus Frankreich kommt eine gute Nachricht: In der Pariser Nationaldruckerei herrschten seit längerer Zeit schon in den Sezerjahren recht ungemüthliche Zustände; von dem über 350 Sezer starken Personale mußten nicht wenige zeitweilig wegen Manuskriptmangels aussetzen und wurde von der Geschäftsleitung der Tarif oft zu Ungunsten der Arbeiter ausgelegt. Eine starbessuchende Versammlung, die am 1. April tagte, beriet über Mittel und Wege zur Abhilfe der Mißstände, die nunmehr beseitigt sind. Seit dem 10. April ist in dieser Staatsdruckerei für alle Arbeiter der Neuntontag bei gleichbleibendem Lohne der im gewissen Gelde Beschäftigten und bei entsprechender Erhöhung des Tarifes für die Berechnenden eingeführt worden.

Das Mitglied des Zentralkomitees A. Hamelin berichtet in der „Typographie française“ vom 1. Mai (die diesmal keinen auf den Arbeitertag bezüglichen Artikel brachte, dafür aber seit einigen Nummern neben der Druckfirma das Label, die Gewerkevereinsmarke, trägt) über den zu St. Nazaire (im Departement Loire-Inférieure) stattgefundenen Kongreß, der sich mit der Frage der Arbeitslosigkeit beschäftigte und wobei 52 Syndikate, acht Arbeitervereine und zwei nationale Verbände vertreten waren. Die Berichte der Mitgliedschaften von Angers und St. Nazaire bezeichneten als Ursache aller Mißere in der Buchindustrie die übergroße Zahl der Lehrlinge, die Frauenarbeit und die Sechsmaschine. Hamelin hatte sich gegen heftige Vorwürfe der „Propagandisten der Tat“ (l'action directe) zu verteidigen, die dem Buchdruckerverbande vorwarfen, ein Unterstützungsverein geworden zu sein, seit 30 Jahren nichts für eine Lohnerhöhung getan zu haben, noch weniger sich um die Verringerung der Arbeitszeit gekümmert zu haben, auch sei er nicht revolutionär. Schließlich wurden folgende Heilmittel vorge schlagen und in einer Resolution angenommen: Abschaffung der Stellenvermittlung; Ausföhrung landwirtschaftlicher Arbeiten von Arbeitlosen; Achtstundentag; Abschaffung der Akkordarbeit und der Ueberzeitarbeit; gleiche Bezahlung der Frau bei gleicher Arbeit wie der Mann; Reiseunterstützung; distriktweise Einrichtung von Arbeitsnachweisen; Verbot der Anstellung von Militär- und Zivilpensionären, die eine Rente von 1200 Franks beziehen; Bewirklichung des Gesetzes betr. die Altersversicherung; Arbeiterinspektoren; Anwendung des Label.

Vor achtzehn Monaten wurde in Paris eine Käufergesellschaft gegründet (Ligue sociale d'acheteurs), die gegenwärtig über 1200 Mitglieder und neben den beigetretenen Vereinen auch den Verband der französischen Buchdrucker zählt. Diese Liga will dahin wirken, daß nur solchen Substanten abgekauft wird, die ihre Arbeiter gerecht entlohnen und human behandeln. Die bis jetzt erschienenen Listen enthielten Namen von Schneiderinnen, Modistinnen, Kaufleuten usw. Ende Juli sollen Barbierstuden- und Buchdruckereliste veröffentlicht werden und fordert demzufolge das Zentralkomitee zu eifriger Agitation für das Label auf.

Zwei schöne Züge echter Kollegialität erzählt das Vereinsorgan. Ein Bayonne erbot sich einige junge Kollegen, ihre Plätze älteren, vom letzten Streit noch nicht untergebrachten Mitgliedern abzutreten, was jedoch der Prinzipal nicht zugab. Der Kassierer der Mitgliedschaft von Epinal lag einen Monat auf dem Krankenbette; zwei Kinder starben ihm während dieser Zeit. Seine Kollegen teilten sich dessen Arbeit zu, stellten sie in freiwilliger Ueberzeitarbeit her und übergaben dem Schwergelährten den vollen Wochenlohn.

Die Mitglieder in Reims wollten die Kollegen der dortigen Arbeiterdruckerei ausschließen, weil — daselbst eine Sechsmaschine aufgestellt worden war. Das Zentralkomitee bittet um mehr Duldsamkeit.

Der Verband der Buchdrucker von Elsaß-Lothringen hatte dem Zentralkomitee eine Einladung zu seiner Generalversammlung zugesandt, die mit Bedauern abgelehnt wird. Das Mitglied Gerson stellte im Zentralkomitee den Antrag, aus der Confédération du Travail infolge der in Paris und in den Departements von dieser gegen den Verband gerichteten ungerechten Angriffe und Verleumdungen auszutreten. Gegen eine Stimme wird dies jedoch abgelehnt. Gewandt wird vor Annahme von Konvention bei Roux & Arnal in Périgueux, wo ein Stundenlohn von 30 Cent. (24 Pf.) bezahlt wird. Mit Genugthuung wird begrüßt, daß das Monopol für den Druck von lithurgischen Büchern aufgehoben ist. Jede Diktysche kann in den von der Vatikanendruckerei vorgegebenen Typen derartige Bücher nun drucken. Da Nancy nicht weit von der deutschen Grenze liegt, ist vielleicht für Reisende und Arbeitssuchende die Nachricht von Interesse, daß dort große Arbeitslosigkeit herrscht.

Zu Pfingsten findet in Toulouse die Jahres-Generalversammlung der Provinzialfaktoren statt.

Am 30. März verstarb der Präsident des Waisenhauswesens für Hinterbliebene von Angehörigen der Buch-

industrie, Herr Bourdel, gelegentlich der Generalversammlung den Jahresbericht über dieses philanthropische Institut. In den vier Jahren seines Bestandes ist es rühlig vorwärts geschritten: zurzeit sind 18 Waisen im eigenen Heim in Montrouge, Route de Châtillon 59, untergebracht. Sowohl in Prinzipsal- als Arbeiterkreisen findet das Unternehmen viel Sympathie und pekuniäre Unterstützung. Bei der Regierung ist um dessen Anerkennung als ein in die öffentliche Wohlfahrt verdientes Institut gebeten worden, womit verschiedene Vorteile verbunden sind (Annahme von Stiftungen und Geschenken usw.).

Der „Deutsche Buch- und Steindruckerverband“ hatte vor einigen Monaten den Franzosen hinsichtlich ihres Schriftmaterials sowie der Ausföhrung ihrer Druckarbeiten reinen Wein eingeschenkt. Nun wehen sich die Fachblätter („La Fonderie typographique“, „Le Matériel typographique“) und werfen ihrestheils den deutschen Buchdruckern alle möglichen Sünden vor: zu enger Satz, zu schwere Einpassungen, schmaler Favierrand, eckige Ornamente, schmale Schriften — die Ursache der vielen Brillen, Disharmonie, Schwerfälligkeit usw.

In der „Revue des Industries du Livre“ erhebt der Kollege E. Picard seine Stimme für eine allgemeine Johanniskreuzer in ganz Frankreich am gleichen Tage und schlägt als solchen den in Elsaß-Lothringen und Deutschland eingeföhrten 24. Juni vor. Bisher wurde hier — und auch in Belgien — der 6. Mai, der im katholischen Kalender „St. Johannes vor der Pforte“ heißt, gefeiert.

Der Pariser Gemeinderat beschloß, einer der neuentstandenen Straßen den Namen Marinoni zu geben. Desgleichen taufte die Stadtäter von Beaulieu (im Departement Corrèze) den großen Zentralboulevard auf den Namen Hippolyte Marinoni.

Die Syndikatskammer der Buchdrucker (Prinzipsalvereinigung) wählte in der Generalversammlung vom 16. April wiederum Ph. Renouard zu ihrem Präsidenten. Elf Mitglieder sind ihr im Jahresverlaufe beigetreten, drei sind ihr untreu geworden und fünf sind verstorben. Vom Handelsgerichte wurden der Kammer 47 Streitfälle (gegen 36 im Vorjahre) zur Schlichtung überwiesen.

Der 37. Jahreskongreß des belgischen Buchdruckerverbandes findet in Brüssel während der Pfingstfeiertage statt. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung ist wohl der vierte: Demission der Genter Mitgliedschaft. Die vor zwei Jahren beschlossene Schaffung einer den ganzen Verband umschließenden Unterstützungskasse für Arbeitslose machte seit dem 1. Juli 1903 eine monatliche Erhöhung des Beitrages um 25 Cent. notwendig. Die Sektionen Gent, Löwen, Klost und Nerviers fügten sich nicht; erstere verweigert sogar seit dem Monate März die Annahme des (ins Flämische übersetzten) Verbandsorgans. Hoffentlich stellt die Generalversammlung die Einigkeit wieder her. Außerdem soll sie sich noch über das Lohnminimum und die Abschaffung des Berechnens ausprechen. Der sozialistische Deputierte für das Arrondissement Xhuin, Verloze, beschäftigt in seiner den „Eclairneur socialiste“ herstellenden Druckerei in Morlanwelz fünf Gehilfen, wovon drei nicht organisiert sind. Sein eigener Sohn befindet sich darunter. Der Kollege L. Sagant wirft deswegen Verloze Schuld auf. Die am 29. Mai beginnenden Wahlen zur Legislative sollen zu einer umfassenden Propaganda für den Tarif benutzt werden. Alle Druckladen seien auf ihre Herkunft zu prüfen, die Kandidaten sollen in bezug auf die Arbeiterforderungen Farbe bekennen. Die Industrie- und Handwerkerdruckerei in Lüttich sowie die Zeitung „L'Express“ daselbst haben ihren Mitarbeitern 15 resp. 10 Proz. des Jahresvertrages bewilligt. Von Anfang Juni bis Oktober wird in Antwerpen eine Ausstellung moderner Bücher (seit 1875) in den vier neuen Sälen des Manteau Moretusmuseums stattfinden.

Die Tarifverhandlungen im Gebiete der Romanischen Schweiz, worüber näheres schon in Nr. 17 des „Corr.“ zu lesen, sind nur noch in Neuenburg und La Chaux-de-Fonds in der Schwebe. In Genf haben die Prinzipale nach vielem Widerstreben den neuen Tarif angenommen. Die Gegenseitigkeit wurde mit den Verbänden von Elsaß-Lothringen, Belgien, Luxemburg, Dänemark, Serbien, Ungarn, Bosnien, Kroatien, Serajewo, Tessin und Bulgarien abgeschlossen.

Deutsche Schweiz. Sämtliche 21 Mitgliedschaften des Typographenbundes haben in einer Generalabstimmung mit 1600 Ja gegen 63 Nein die Annahme der Schiedsgerichte und Einigungsämter beschlossen. Die gegenwärtig über 8000 Mitglieder zählende Krankenkasse Helvetia beschloß auf ihrer in Zürich abgehaltenen Generalversammlung, daß nur tariftreue Druckereien sich am Wettbewerbe um ihre Druckarbeiten (die im Jahre 1903 eine Ausgabe von 6300 Fr. verursachten) beteiligen dürfen. Ov.

Druckerverhältnisse in Griechenland.

In Athen gibt es zurzeit etwa 40 bis 42 Buchdruckereien, darunter 10 größere. Die kleineren arbeiten meist mit Litzel, einige davon haben auch nur eine Handpresse. Außerdem gibt es noch etwa 10 Steindruckereien und 2 Lichtdruckanstalten. In Piräus, der Hafenstadt von Athen (durch die Bahn mit Athen verbunden, etwa 20 Minuten Fahrzeit), gibt es 15 Buchdruckereien und 5 Steindruckanstalten. In Athen ist außer den Zeitungsdruckereien nur eine Druckerei da, welche bessere Arbeiten

iefert. Der Besitzer ist ein Deutscher, welcher noch einen Griechen zum Hosijsie hat. Die Arbeitsverhältnisse sind für den Arbeiter die denkbar schlechtesten. Eine eigentliche Arbeitszeit gibt es nicht. Es wird in der Regel so lange gearbeitet, als es Tag ist. Doch wird auch bei Nacht gearbeitet, sobald es die Arbeit erfordert. Mehrbezahlung für solche Ueberstunden gibt es nicht, nur obige deutliche Drucker macht eine Ausnahme. Die Lohnverhältnisse sind gerade so, daß der Arbeiter mit knapper Not mit dem Lohne sich durchvegetiert. Deutsche Arbeiter sind auch hier. Für Druckereien kommen aber nur Maschinenmeister und Lithographen in Betracht. Für Deutsche ist das Klima nicht befählich, auch an die Kost muß man sich erst gewöhnen. Griechische Kost kann man anfangs gar nicht genießen, insolge dessen ist das Leben sehr teuer. Bei Konditionsangeboten verfähre man sehr vorsichtig. Auf keinen Fall mache man einen Vertrag, denn solchen schließt der Grieche nur, um ihn nicht zu halten. Man schicke sich so: Bei Konditionsangeboten verlange man mindestens 500 Drachmen pro Monat bei achtstündiger Arbeitszeit, verlange dabei jede Woche Vorschuß in Höhe des eventuellen Wochenverdienstes, denn der Grieche zahlt nicht gern hohe Summen. Ferner verlange man freie Hin- und Rückreise. Man lasse sich aber die Kosten für die Reise nach hier gleich nach Deutschland senden und die der Rückreise (zusammen etwa 280 Mk.) sind absolut bei einer deutschen Bank zu deponieren, jedoch so, daß man darüber selbständig verfügen kann. Ist man nämlich hier in der Klemme, so hilft einem niemand und auf diese Weise kann man wenigstens wieder nach Deutschland zurück. Hat man einen Vertrag und wenn derselbe noch so günstig für den Arbeiter ist, so sieht der Grieche stets, sobald er glaubt, daß er den Deutschen entbehren kann, daß er ihm Schwierigkeiten und das Leben sauer macht, bis der Deutsche schließlich von selbst geht. Ohne Geld kann man nicht fort und klagen kann man auch nicht, denn das hat gar keinen Erfolg. Auch dann nicht, wenn man den deutschen Konsul in Anspruch nimmt, denn es kommt sodann der Grieche und sagt, hier ist mein Vertrag, der Deutsche darf nicht fort, er muß den Vertrag halten oder ich klage auf Entschädigung. Hier werden Schulden mit sofortigem Arrest belegt. Der Konsul kann in solchem Falle nicht helfen und der Deutsche ist der Dumme. So sind eine Menge Deutsche hier, die schlechter leben als im Vaterlande. Mit 250 Fr. in Gold werden sie engagiert, das ist, je nachdem der Kurs steht, 350 bis 370 Drachmen.

Dieses Einkommen steht in keinem Vergleiche zu den teuren Lebensverhältnissen. Seit einiger Zeit lassen verschiedene Druckereibesitzer ihr Personal durch deutsche Firmen engagieren. Diese suchen dann meist unter dem Stichworte „Fürs Ausland“ ihre Opfer. Laufen dann Offerten ein, so bearbeiten sie den Mann derart, daß er glaubt, die deutsche Firma rate ihm auf keinen Fall zu einem schlechten Engagement. Erst kürzlich ist wieder ein Maschinenmeister nach Athen gekommen durch eine bekannte Leipziger Gießerei und Maschinenfabrik. Der Mann sieht hier und verzweifelt fast, so „gut“ geht es ihm, und dabei ist er noch in der deutschen Druckerei. Wenn man zudem nur deutsch spricht, so ist es doppelt schwierig und außerdem ist Griechisch sehr schwer zu lernen. Mit Französisch oder Italienisch kommt man freilich schon etwas besser durch. Berufsorganisationen kennt man in Griechenland nicht, nur wilde Konkurrenz in jeder Beziehung herrscht auf allen einschlägigen Gebieten.

In Piräus ist zurzeit eine neue Druckerei entstanden. Es werden hier hauptsächlich Chromarbeiten angefertigt und Klettspregebrüche für Zigarettenpackungen. Das Material ist teilweise deutschen Ursprungs, die Maschinen durchweg deutsch.

Piräus. Karl Kayser.

Korrespondenzen.

Breslau. Am 6. Mai erstattete der Gehilfenvertreter Schlag in einer Allgemeinen Versammlung Bericht über die Sitzung des Tarif-Ausschusses. Seine Ansicht, eine Gegenüberstellung der früheren und jetzigen Arbeitsverhältnisse in unserm Gewerbe und eine Erläuterung des Wesens der Tarifgemeinschaft zu geben, ließ er angeht des schwachen Versammlungsbesuches fallen und beschränkte sich auf den Bericht. Obwohl die Anwesenden durch den „Corr.“ schon orientiert, interessierten die Ausführungen über die einzelnen Anträge doch, indem Kollege Schlag nähere Mitteilungen über die Verhandlungen machte und die Stellungnahme der Gehilfenvertreter begründete. Zu den Anträgen hatten auch Prinzipale und Tarif-Amt Material gesammelt, dem die Gehilfenvertreter mehrfach sich nicht verschließen konnten und der Nachweis daß die Anträge zum Teile eine materielle Verringerung des Tarifses seien, brachte es dahin, daß ein Teil der Anträge zurückgezogen, andere abgelehnt wurden. Die in Aussicht genommene neue Geschäftsordnung für die Arbeitsnachweise werde den reisenden Kollegen mehr gerecht werden, als bisher. Die vorgelegten Bestimmungen über Bewertung der Leistungen an den Sechsmaschinen können nach Meinung des Redners der erste Schritt zum Berechnen werden. Die Kompenfierung der Feiertage sei feinerzeit von den Gehilfenvertretern nur für eine Ueberlegungsperiode gedacht worden, leider wurde dies nicht festgelegt. Im ganzen haben uns die Verhandlungen materielle Erfolge nicht gebracht, ein moralischer Effekt sei, daß die Prinzipalvertreter versprochen, dasin zu wirken, daß die Einstellung

von Lehrlingen möglichst beschränkt werde. Redner schloß mit der Aufforderung, unsere Wünsche zu sammeln, zu sichten und zu Anträgen — die aber nicht auf einen Ort zugeschnitten, sondern der Allgemeinheit nützlich sein müßten — für die nächste Tarifberatung zu verichten. Die Diskussion ergab, daß die Anwesenden, die Grenzen der Berechtigung des Tarif-Ausschusses zu materiellen Aenderungen erkennend, über den Verlauf der Sitzung nicht sehr enttäuscht waren. Immerhin war doch geklagt worden, durch präzisere Fassung einzelner Paragraphen Streitfälle zu vermeiden. Trotz alledem seien die Verhandlungen nicht als nutzlos zu bezeichnen. Unsere Anträge ließen erkennen, daß noch manches zu wünschen übrig bliebe und die hierüber abgehaltenen Verhandlungen könnten schließlich doch noch für uns ihren Nutzen haben. Frühere Zeiten, in denen uns die Tarifverhandlungen mehrere Male Herabminderungen brachten, wurden der jetzigen Tarifgemeinschaft gegenübergestellt. Der Entscheid über die Ueberstunden der Lehrlinge und die neuen Bestimmungen für die Arbeitsnachweise seien zu begrüßen. Nur der Entscheid über die Druckmuster wurde allseitig bemängelt und einem Verbote des Ansehnehmens derselben fast gleich erachtet. Bebauertlich sei es, daß die in der Sitzung vorgeschrittenen trassen Uebergeige einzelner diese Maßregeln herbeiführen mußten. Auch in mancher andern Beziehung könne das Verhalten einzelner zum Schaden der Allgemeinheit werden und wenn wir unsere Verhältnisse bessern wollen, so müsse nicht zuletzt in den Kreisen der Gehilfen die Hand zur Besserung angelegt werden. Namentlich habe dies zu geschehen in bezug auf die Heranbildung der Gehilfen zur verständnisvollen Anteilnahme und tätigen Mitarbeit bei Ausbau unserer tariflichen Verhältnisse. Wie weit die Interessiertheit schon gediehen, beweise der heutige Versammlungsbefuch. Nachdem die Versammlung Kollegen Schlag ihren Dank abgebetet, wurde eine Kandidatenliste zur Schiedsgerichtsbeisitzerwahl aufgestellt. Hierbei wurde mitgeteilt, daß innerhalb zwei Jahren nur vier Klagen zur Verhandlung gekommen sind. Ob dies ein Zeichen guter Tarifverhältnisse oder Scheu der Gehilfen sei, das Schiedsgericht anzurufen, sei zweifelhaft. Hierbei soll jedoch bemerkt sein, daß Prinzipal- und Gehilfenvertreter vereint einige Fälle zur Erledigung brachten, ohne daß das Schiedsgericht in Aktion zu treten brauchte.

Brieg. Zu einem Tarifkonflikte ist es hier in der Druckerei von R. Kubisch („Brieger Zeitung“) gekommen. Herrschaften in dieser Druckerei früher tarifliche Verhältnisse, so sollte dies nach der Revision des Tarifses 1902 anders werden, denn Herr Kubisch weigerte sich, den Tarif von diesem Zeitpunkte an schriftlich anzuerkennen, obgleich er seinem Personale nach einem notwendig gewordenen Drucke die Vergünstigungen desselben zu teil werden ließ. Nach und nach aber stellte er Gehilfen zu einem Lohne von 15 Mk. ein. Als nun zu Ostern ein Mitglied entlassen wurde, welches Los nach und nach alle Mitglieder getroffen hätte, auch die Lehrlingskassa um zwei neue Lehrlinge überschritten wurde, reichten sechs Mitglieder ihre Kündigung ein, da ihnen kurz und deutlich auf eine neue Antrage nach schriftlicher Anerkennung des Tarifses erklärt wurde, wenn es nicht passe, der könne ja gehen. Leider hat auch hier der Gutenberg-Bund neue Vorbeeren gepflückt, da sich vier Mann gefunden haben, die Stellen der Verbandsmitglieder zu besetzen, wovon die Leitung des Bundes Kenntnis hat. Dem von 15 auf 3 Mann durch Uebertritt in den Verband zusammengekommenen „Ortsvereine“ kam die Sache ansehnlich sehr erwünscht. Das Publitum ist durch ein Flugblatt über die Angelegenheit aufgeklärt worden, doch hat Kubisch bis heute keine Erwiderung in seiner Zeitung gebracht. Ganz anders berühren die Handlungen der hiesigen Geschäftsbüchsefabriken von W. Löwenthal und L. Heinze. Letztere hat aus Anlaß ihres fünfunds-zwanzigjährigen Bestehens einen Pensionsfonds für die kaufmännischen Angestellten sowie Werkmeister von 25000 Mark gestiftet und den Arbeitern, welche über fünf resp. zehn Jahre in der Fabrik beschäftigt sind (annähernd 200) 20 resp. 30 Mk. in Form eines Sparkastensbuches ausgezahlt. Nach fünf Jahren sollen diese Einlagen erhöht werden. Bei L. Heinze werden Ferien gewährt (je nach Dauer der Beschäftigung) von 3 bis 14 Tagen unter Fortzahlung des Lohnes.

Hannover. Es ist eine unleugbare und schon oft bewiesene Tatsache, daß der uns Buchdruckern innewohnende Korpsgeist und die Fideleitas sich nach zu ihrer vollen Schwingkraft entwickeln, wenn es gilt, alte, im Berufsleben ergrante und immer treu zur Fahne gehaltene Kämpfer zu ehren. Eine Probe aus Exempel war wiederum der am 7. Mai veranstaltete Kommerz anlässlich der auf eine fünfzigjährige Berufstätigkeit zurückblickenden Kollegen Klaus Schöning, Friedrich Zegtmeyer und Leonhard Lemnark. Liebertafel, Buchdruckerorchester und unsere bewährten Solisten und Humoristen, sie alle hatten sich in den Dienst der Kollegialität gestellt und ihre Aufgabe aufs vortrefflichste gelöst. Aus dem Rückblicke, den Kollege Frische gab, ist zu entnehmen, daß die Kollegen Schöning und Zegtmeyer beide von der Aussperrung 1873 betroffen und ersterer demzufolge ein Gründer der hiesigen Vereinsdruckerei wurde, der er auch seit ihrer Gründung, etwa 31 Jahre, angehört. Auch Kollege Zegtmeyer kann auf eine dreiußnd-zwanzigjährige Tätigkeit in der Fürgenischen Druckerei zurückblicken. Als Anerkennung wurde ihm von der Zuhaberin und deren Tochter (Witwe Rechtsanwältin Klus) ein ansehnliches Geldgeschenk überwiefen. Beide Jubilare sind Maschinenmeister und Schöning Mitbegründer des

Maschinenmeistervereins. Kollege Lemnark, dessen Wiege in Beed (Kreis Osterlenz, Rheinland) gestanden hat, war von Jugend an bis ins reifere Mannesalter hinauf ein würdiger Vertreter des Liedes: „Wem Gott will rechte Gunst erweisen“; 1886 fand seine so vielseitige und äußerst interessante Durchquerung Europas und Amerikas hier ihren Abschluss. Geschäftsleitung und Kollegen der Vereinsdruckerei sowie der Druckerei Gebr. Jänecke, wo Kollege Lemnark beschäftigt ist, ließen es sich nicht nehmen, durch Ueberreichung von Geschenken und Veranstaltung einer besonderen Feier ihre Jubilare in entsprechender Weise zu ehren, der Lokalverein stiftete jedem Jubilare einen Rufesessel. In Verbindung des Unernehmens mit dem Nützlichem erfolgte die feierliche Einführung der Ostern ausgereikten jungen Leute in den Kollegentreis. Besonders legte der Vorsitzende in seiner Begrüßung den nunmehr jüngsten Kollegen ans Herz, in erster Linie bestrebt zu sein, sich beruflich zu vervollkommen durch Anschluß an die hierorts bestehenden technischen Vereine. Dann möchten die jungen Kollegen nicht durch Beitritt zu den heutigen modernen Klubs und Vergnügungsvereinen Zeit und Geld verträdeln und den Buchdrucker vernachlässigen, sondern in erster Linie sich als Kollegen fühlen und dementsprechend in Kollegentreisen bewegen mit dem Bestreben, tüchtige Verbandsmitglieder und bereinstige Verfechter unserer Ideen zu werden. Im Namen des Gewerfanbdes nahm Kollege K. Dojcnöbrück Veranlassung, den Jubilaren Dank und herzlichsten Glückwunsch auszusprechen. Redner schilderte ihren Lebens- und Werdegang in humorvoller Weise und in der ihm eignen patenden und zu Herzen gehenden Weise empfahl Kollege Rosenbrunn die Jubilare als Vorbilder zur Nachahmung den jungen Kollegen. Gerade die jetzige Zeit erfordere ganze Männer und müsse sich jeder Kollege der Pflicht bewußt sein, die er mit dem Eintritt in den Verband übernehme. Mit einem begeisterten Hoch auf den Verband bekräftigte die Versammlung diese Ausführungen. Ein Glückwunschtelegramm hatte der Zentralvorstand sowie Glückwunschschreiben der ans Krankenlager gefesselte Kollege Gustav Bornträger und Kollege Fritz Gille-Osterwief gefandt.

Königsberg i. Pr. In der Versammlung des hiesigen Maschinenmeisterklubs vom 30. April wurde nach der Ausnahme von zwei neuen Mitgliedern der Protokollauszug vom süddeutschen Maschinenmeisterkongresse verlesen. Nachdem der Vorsitzende Schutz kurz auf den Vorteil hingewiesen hatte, den derartige Maschinenmeister-Zusammenkünfte für uns Druckerkollegen haben, wurde eingehend das Resultat des Kongresses diskutiert und dabei betont, daß wir in erster Linie darauf hinwirken müßten, daß die Lehrlingskassa der Drucker zum mindesten der der Seger gleichgestellt wird. Ebenso müßten wir auch noch darauf hinwirken, daß bei der nächsten Tarifrevision eine Norm für uns Drucker festgelegt wird, um in das Bedienen von mehreren Maschinen endlich einmal Besche zu legen. In einem Antrage erklärte sich die Versammlung mit der vom süddeutschen Maschinenmeisterkongresse aufgestellten Resolution voll und ganz einverstanden. Hierauf unterbreitete der Vorsitzende den Kollegen einen Antrag, den Jahresbeitrag zur Zentralkommission von 2 auf 3 Mk. zu erhöhen. In der sich hieran schließenden Debatte wurde aus der Mitte der Versammlung der Antrag gestellt, den Beitrag auf 4 Mk. zu erhöhen. Die Abstimmung ergab die Annahme des Antrages, den Beitrag von 2 auf 4 Mk. zu erhöhen.

Münster i. W. Am 1. Mai fand in Dülmen i. W. unsere zweite diesjährige Bezirksversammlung statt, zu der aus Münster 48, Coesfeld 4, Dülmen 7, Haltern 2, Lengerich 1 und Warendorf 1 Mitglied erschienen waren. Nach einer kurzen Begrüßung seitens des Vorsitzenden referierte Kollege Müller-Essen über „Die tarifliche Lage im Gewerbe und der Verband der Deutschen Buchdrucker“. Redner forderte im Anschlusse hieran die ebenfalls zu dieser Versammlung eingeladenen Nichtmitglieder (leider hielten es von etwa 30 nur zwei Mann der Mühe wert zu erscheinen) auf, sich endlich einmal wie allerorts anzurufen und in die Reihen des Verbandes einzutreten. Letztere zwei Kollegen meldeten sich auch am Schluß zur Aufnahme. Nach Erstattung des Kasfenberichtes pro erstes Quartal und Dechargeerklärung wurde das in letzter Zeit um sich greifende Nestanunwesen gerügt und soll in Zukunft mit aller Schärfe gegen diese Kollegen vorgegangen werden. Da der Bezirksvorsitzende und der Passierer ihre Klemmer niederlegten, mußte eine Neuwahl vorgenommen werden (siehe unter Verbandsnachrichten in Nr. 53). Das Arrangement des Bezirks-Jobannistfestes wurde dem Vorort Münster übertragen. Unter „Verschiedenes“ wurde das Verhalten des „tariflosen“ Prinzipals Knüppel in Billedred Verbandsmitgliedern gegenüber gerügt und wiederholt dessen Streichung aus dem Tarifverzeichnis angeregt, was inzwischen schon in die Wege geleitet ist. Hierauf richtete Kollege Meister noch einige Worte an die Dülmener Kollegen, sie auffordernd, unermüdet bei den Nichtmitgliedern für unsre Sache zu agitieren. Hierauf schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf den Verband die Versammlung.

Reutlingen i. W. Die Feier des 25-jährigen Verbandsjubiläums des hiesigen Ortskassierers Fenno Behrens gestaltete sich, obwohl nur im engen Rahmen, zu einer großen Ergrung, wie sie nur einem Mitgliede, das sich allseitiger Beliebtheit erfreut, zu teil werden kann. Schon am frühen Morgen erschienen die Kollegen in der Wohnung des Jubilars, um diesem die Glückwünsche auszusprechen und ein von der Mitgliedschaft gestiftetes Ge-

chent zu überreichen. Am Abend erschien die Gesangsabteilung des hiesigen Gewerkschaftskartells vor der Wohnung und überreichte den Subtilar durch einige sehr stimmungsvolle Lieder. Die Hauptfeier im „Neutergarten“, zu der auch ein Mitglied aus Neubrandenburg erschienen war, brachte dem Gefeierten die größte Leberbratung. Obwohl fast keine Gäste geladen waren, füllte sich der hübsch dekorierte Saal doch recht stark. Musikstücke wechselten ab mit einem Prologe, einer vom Vorsitzenden gehaltenen Ansprache, die mit einem Hoch auf den beliebten Kassierer endete, mit dem von einem Gesangsquartett (nur von Kollegen gebildet) vorgetragenen Liede „Das ist der Tag des Herrn“, weiter einem gelungenen allgemeinen Gesänge und verschiedenen charakteristischen Couplets, so daß es fast des Guten zu viel wurde. In seinen Dankesworten gab der Gefeierte seiner Freude Ausdruck über die ihm bereitete Feier und brachte am Schluß seiner Rede ein Hoch auf den Verband aus, das kräftigen Widerhall fand. Die Festlichkeit endete mit einem Valle, dem sich alle Beteiligten nach Herzenslust widmeten und der von einer ebenfalls sehr fröhlich verlaufenen Kaffeepause unterbrochen wurde, gegen 1/2 Uhr morgens.

D. Stuttgart. Da wegen Unwesenheit von nur 80 Kollegen (von ungefähr 1200 hier fonditionierenden) die auf den 19. März ausgeschriebene Versammlung nicht abgehalten werden konnte, sah sich der Vertrauensmann veranlaßt, auf den 7. Mai wieder eine Versammlung anzuberaumen und stellte sich bei Feststellung der vertretenen Druckereien heraus, daß ungefähr 160 Kollegen dem Rufe gefolgt waren. Nach Eröffnung der Versammlung machte der Vorsitzende F. Lohr Mitteilung über die in letzter Zeit vorgekommenen Veränderungen, wovon hervorzuheben ist, daß wegen Leberbratung des Kollegen Knie die in seiner Verwaltung befindliche Heftpresse ihm abgenommen und dem Kollegen Dengler übertragen worden sei. Hierauf erstattete Kollege Knie Bericht über die Ende April statt gefundene Sitzung des Tarif-Ausschusses (siehe „Corr.“ Nr. 52), einleitend hervorhebend, daß er mit gemischten Gefühlen nach Berlin gegangen sei, denn er glaubte der Meinung sein zu sollen, daß seine Kollegen nicht hinter ihm stehen, da dieselben zu der hierfür anberaumten Versammlung ihr Erscheinen versagten. In der sich anschließenden Diskussion kam zum Ausdruck, daß man mit den Ausführungen des Referenten einverstanden war und die leitenden Personen in Zukunft kein Wortwort treffe, wenn das nicht erreicht werden könnte, was die Gefühlschaft wünsche. Der Vorsitzende dankte dem Referenten für seine Ausführungen. Bei der Wahl des Vertrauensmannes, des Stellvertreters und des Schriftführers wurden die seither amtierenden Kollegen wiedergewählt. Den Bericht von der Gewerkschaftskommission erstattete Kollege Hoyer, woraus hervorzuheben, daß die Genossenschaft „Gewerkschaftshaus“ beschloffen hat, den Wirtschaftsbetrieb ab 1. Oktober zu verpachten. Unter „Offene Fragen“ kam der Vorsitzende auf den in Nr. 50 des „Corr.“ befindlichen Bericht von Jahr zu sprechen, wo ein gewisser Bangerle die Tarifreue der Stuttgarter Mitglieder des Gutenberg-Bundes hervorzuheben für gut fand. Redner bemerkte dazu, daß ihm bis jetzt nichts bekannt geworden sei, wo die hiesigen Gutenberg-Bünder etwas für Ein- und Durchführung des Tarifes getan hätten, denn dieselben heimsten nur die Früchte der Verbandsmitglieder ein; dagegen sei zu beweisen, daß überall da, wo die Verbandsmitglieder die Pflanze verlassen, der Gutenberg-Bund in 24 Stunden sofort Ersatz stelle. Nachdem noch drei verschiedene Anfragen erledigt wurden, erfolgte Schluß der Versammlung. (Zu dieser Versammlung waren die tarifreuen Mitglieder des Gutenberg-Bundes eingeladen, jedoch war keiner erschienen.)

Zwickau. In der Düttenfabrik und Buchdruckerei von Mich. Weinberger hier ist ein Tarifkonflikt dadurch ausgebrochen, daß die Firma das Verlangen unserer Kollegen auf Abschaffung der sechstündigen und Einführung der tarifmäßigen Arbeitzeit mit der Kündigung des dort seit neun Jahren in Arbeit stehenden Vertrauensmannes der Gehilfen beantwortete. Die übrigen Kollegen haben sich daraufhin mit dem Gefühlsigen solidarisch erklärt und ebenfalls ihre Kündigung eingereicht. Da Herr Weinberger in der „Buchdruckerwoche“ Schweizerbegegnung sucht, so ist den Kollegen diese Notiz besonderer Beachtung empfohlen.

Rundschau.

Der Institution der Handwerkskammer nicht zugetan ist der Verein der Buch- und Steindruckereibesitzer von Hannover und Umden, welcher an die Handwerkskammer folgende Adresse richtete: „Hierdurch gestatten wir uns, Sie ergebenst in Kenntnis zu setzen, daß wir uns entschlossen haben, von der Zugehörigkeit zur Handwerkskammer Abstand zu nehmen, da wir nach eingehender Prüfung der Rechtslage eine Verpflichtung hierzu nicht anzuerkennen vermögen und freiwillig beizutreten als in unserm geschäftlichen Interesse liegend nicht erachten können.“

Wegen Diebstahls im wiederholten Rückfalle wurden dem Seper Eduard Meuter in Bielefeld sechs Monate Gefängnis subtrahiert.

Während der Pfingstferien hält in Innsbruck der Truder- und Maschinenmeisterklub für Tirol und Vorarlberg seinen ersten Maschinenmeisterstag ab.

Nach einer Umfrage der „Information“ bezüglich der Höhe der Auflage verschiedener Pariser Zeitungen am

Jahreschlusse ist der „Petit Parisien“ mit 1 1/2 Millionen Exemplaren pro Tag das verbreitetste französische Tagesblatt; ihm folgt das „Petit Journal“ mit 800000 Abdrücken; das „Journal“ druckt 750000, der „Matin“ 430000 Exemplare. Das „Echo de Paris“, die „Patrie“ und der „Eclair“ sollen an die hunderttausend Abdrücke machen. Die „Presse“ hat 70000, die „Libre Parole“ und der „Intransigeant“ je 66000, die „Petite République“ 72000, die „Action“ 60000, der „Radical“ 48000, Rocheforts „Lanterne“ 42000, der „Temps“ 35000, der „Figaro“ 32000 Auflage usw. Ein Zeichen der Zeit ist, daß die täglich erscheinenden Sportblätter „L'Auto“ 70000, „Le Vélo“ 35000 und „Le Monde sportif“ 30000 Auflage haben.

Den hohen Preis von 20700 Mk. erzielte die im Jahre 1600 gedruckte Erlausgabe des zweiten Teiles von Shakespeares Heinrich IV. bei ihrem letzten Verstaufe in London.

Durch Kurzschluß getötet. Nach der „Buchdruckerwoche“ wurde ein in der Druckerei der Pölsch Gazette in Göttinge beschäftigter Seper namens Joseph Czech kürzlich dadurch auf der Stelle getötet, daß er die eine Hand auf einer mit Elektrizität betriebenen Segmaschine ruhen hatte, während er mit der andern Hand eine Gasröhre ansah und so eine Verbindung des elektrischen Stromes herstellte, die durch seinen Körper ging.

Wegen Ausfalles der letzten Donnerstagmorgen berichten wir diesmal kurz gefaßt gleich über zwei Wochen der Beratungen des Reichstages, der nunmehr bis zum 7. Juni sich von den Strapazen seiner volkstümlichen Tätigkeit ausruhen kann. Der Etat wurde nun endlich unter Dach und Fach gebracht, außerdem kamen aber noch zwei Gesetzentwürfe — die Entschädigung für unschuldig Verhaftete und die lex Stengel — durch Annahme zur Verabreichung. Daß unsere Reichsboten eine besondere Arbeitsfreudigkeit an den Tag legen, kann keineswegs gesagt werden, waren doch am 2. Mai bei der Eröffnung der Sitzung von 397 Abgeordneten — ganze 15 Mann anwesend! — Bei dem Etat der Pölsch und Verbrauchsteuer gab es wieder die alten Klagen der Agrarier, daß der neue Zolltarif noch nicht in Wirksamkeit getreten, auch ein Zentrumsabgeordneter bedauerte es tief, daß für das Inkrafttreten des Zollmonstrums kein bestimmter Termin festgesetzt worden sei. Der Reichschatzsekretär Stengel gab jedoch die für alle wunden Agrarierherzen wie Balsam wirkende Erklärung ab, daß der nächste Etat jedenfalls unter den Vorzeichen des Dezembergewaltfreides vom Jahre 1902 aufgestellt werde würde.

Den famosen Flaschenbierlaß der preussischen Regierung glößte der Abgeordnete Pachnide nach Gebühr. — Da die Budgetkommission an der Zuschußanleihe Streidungen vorgenommen und einen Ausweg dabei auch durch Erhöhung der Matrikularbeiträge um 17 Millionen Mark gefunden, gab es einen Aufmarsch der bundesstaatlichen Vertreter, die in bewegten Worten das hohe Haus eruchten, doch ja nicht dem Rate der bösen Kommission zu folgen, die es aneinander auf den Konkurs der Einzelstaaten abgeben habe. Trotzdem aber der bayerische Delegat sogar eine Vermehrung der Reichsverbrossenheit in Aussicht stellte — das Vorhandensein einer solchen ist damit also für Bayern amtlich zugegeben — ließ sich der Reichstag nicht erweichen und machte die Kommissionsbeschlüsse zu den seinigen. — Bei der ersten Beratung eines Gesetzentwurfes betreffend die Wetten bei öffentlich veranstalteten Pferderennen, des Totalisatorgesetzes, welches dem Reichen der Weltbüreau entgegen wirken will, hielt der gichtgeplagte Pölschki wieder eine seiner stets schallende Heiterkeit ausfüßenden Reden. Die Förderung des Verständnisses für „Verfälschungen“ wird dem unwürdigen Pod jedenfalls als eine erfolgreiche Tat in seiner sonst nicht gerade produktiven Ministerfähigkeit angerechnet werden! — Zum Gesetzentwurf der Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungshaft hatten die Sozialdemokraten Verbesserungsanträge gestellt und zwar alle von der Kommission einstimmig angenommenen Eventualanträge und Anregungen, die an der bestimmten Erklärung der Regierung im Plenum jedoch gescheitert waren, was den Abgeordneten Stadthagen mit Recht veranlaßte zu sagen, daß, wenn nur das angenommen werden soll, was die Regierung will, ja die ganze parlamentarische Arbeit überflüssig wäre. Trotzdem genannter Abgeordneter unsere deutschen Rechtsverhältnisse in ihrer ganzen Rückständigkeit schilderte, vermochte er den Anträgen der sozialdemokratischen Fraktion keine Anhänger mehr zu gewinnen, so daß dieses Gesetz schließlich gegen die Stimmen jener Fraktion angenommen wurde, welche erklären ließ, für ein Gesetz, was in Wirklichkeit gar keine Verbesserung bringe, nicht stimmen zu können. — Die Resolution Gröber auf Aenderung des Militärstrafgesetzbuches durch Herabsetzung der Mindeststrafen für Vergehen von Untergebenen wurde gegen die Stimmen der Rechten angenommen, welche der Ansicht lebte, wenn Insubordinationen nicht gleich eine Ahne wie durch das bekannte Feidelsberger Schreckensurteil über Herjervisten (zehn Jahre Gefängnis) finden, die Disziplin in der Armee untergraben werde. — Von den dann verhandelten Petitionen sind einige erwähnenswert. Die Wäldermeister W. wenden sich schon jetzt angstbekommen in einer Eingabe gegen die Belastung durch eine staatliche Arbeitslosenversicherung, weil dadurch die Existenz und Konkurrenzfähigkeit des Handwerkerstandes in die Brüche gehen werde. Ferner haben die schleswischen Arbeitgeberverbände petitioniert, die Ein-

führung der Arbeitslosenversicherung den Arbeiterorganisationen zu überlassen. Abg. Mollenhuth kennzeichnet namentlich diese letzte Eingabe als blaue Heuchelei, da bekanntlich die Arbeitgeberverbände mit heiligem Bemühen bestrebt sind, den Gewerkschaften das Lebenlicht auszublauen. Entgegen dem Antrage der Sozialdemokraten, über diese Petitionen zur Tagesordnung überzugehen, wurden sie dem Reichszantler als Material überwiesen. Dagegen wurde eine das Verbot des Streikpostenstehens verlangende Petition einmütig auf erstere Weise erledigt. Die Eingabe der Malerorganisation auf Erlaß eines Verbotes der Verwendung von Bleifarben wurde nach längerer Debatte dadurch erledigt, daß man dieselbe dem Reichszantler zur Erwägung überwies (Sozialdemokraten und Freisinnige verlangten Berücksichtigung) und denselben ferner eruchte, sofort dahin zu wirken, daß durch eine Verordnung des Bundesrates ausreichende Schutzvorschriften gegen die Gefahren der Bleiverwendung getroffen werden. Die Regierung kündigte noch eine Vorlage an zur Bekämpfung der Gewerkekrankheit Bleivergiftungen. Abg. Erzberger vom Zentrum meinte bei der Gelegenheit, im Buchdruckerwerden Bleierkrankungen nur durch die große Neiligkeit der Buchdrucker vermieden. Trotz dieser sehr schmeichehaften Anerkennung müssen wir aber doch sagen, daß die Matrik Bleierkrankungen bei uns noch zu hohe Ziffern aufweist. — Die dritte Lesung des Etats wurde dann mit einer großen Rede von Bebel über die allgemeine Lage eingeleitet. Die letzten Kaiserreden und Telegramme über Eingreifen in die Weltpolitik und die Gemeinsamkeit der russischen Trauer mit den deutschen Empfindungen über die Kriegsniederlagen der Russen im Osten, die ungeheure Entwidlung der deutschen militärischen Rüstungen im Vergleich zu den geringfügigen Aufwendungen für kulturelle Zwecke wie auch der zweifelhafte Ruhm Deutschlands, bezüglich reaktionärer Gehehung (Kontraktbruchsgefahr vorlage für die Landwirtschaft im preussischen Abgeordnetenhaus) an der Spitze aller Nationen zu marschieren, fanden durch die Bucht und das Feuer Bebelcher Redekunst eine gresse Beleuchtung und scharfe Beurteilung. Der Reichszantler Hilow antwortete auf die Anfragen Bebel's recht ausweichend; mit seinem Gejammer über die von der deutschen Presse und speziell von unseren Wühlblättern dem russischen Kolosse auf thöneren Füßen erwiesenen Aufmerksamkeit erhöhte er nur noch die Wirkung der Bebelischen Vorparatungen. — Bei der Beratung des Etats für das Reichsamt des Innern forderte Abgeordneter Lipinski eine größere Berücksichtigung der Forderungen der Handlungsgestellten (namentlich gesetzliche Begrenzung der Arbeitszeit), der Pölsch Prejeksi rügte die ungenügende Bestrafung für Uebertretungen der Sonntagssruhe und Abg. Wilh. Schmidt (Soz.) stellte Forderungen über die angebliche Polizeiquete über Prügeleien und Beschimpfungen der Arbeiter untereinander zum Zwecke der Vermehrung der Gründe zu sofortiger Entlassung. Der Staatssekretär des Innern bezeichnete die Gerichte von einer solchen Erhebung als „absolute Ente“; interessant war auch die Erklärung, daß der Bundesrat niemals für den Befähigungsnachweis zu haben sein werde. — Eine Sezessionsdebatte brachte die Position: Verteilung der Fonds zur Unterstützung der Kunst. Die erbanliche Geschichte der einseitigen Vertretung deutscher Kunst in St. Louis fand wieder eine große Aufrollung und schließlich wurde votiert, künftig beide Kunstrichtungen aus dem Reichstöpfe zu bedenken. — Bei der dritten Lesung des Militäretats wurde die Militärrichterbarkeit in ihren vielen Schattenseiten gekennzeichnet, die in der Abhängigkeit der Militärrichter (Verabfolgung von drei Richtern des Wisseprozesses) und der Einwirkung von persönlichen Einflüssen sich am bedenklichsten zeigen. — Am vorletzten Tage vor den Ferien gab es noch einmal einen großen Tanz. Von sozialdemokratischer Seite war eine Resolution gegen das in letzter Zeit mehrfach geschäfterte System der Disziplinarstrafen in preussischen Gefängnissen eingebracht. Ueber diese Aufdeckung der Schönheiten des Strafvollzuges in Berliner Gefangenenanstalten — welche bekanntlich mit Altenfäden in der „Zeit am Montag“ und im „Vorwärts“ belegt wurden — ereiferte sich der freisinnige Abg. Mugdan ganz gewaltig, namentlich die Angriffe auf seine ärztlichen Berufsgeoffenen (die Gefängnisärzte) mochten den freisinnigen Herrn ganz rabiat. Staatssekretär Nieberding sprach sorgfältig von Uebertreibungen und der eingetretenen Veränderung des Strafvollzuges, außerdem kündigte er einer ganzen Anzahl von Arbeiterblättern, die sich eingehender mit dieser Angelegenheit befahst haben, eine abermalige Bekanntschaft mit dem Staatsanwälte an. Für die sozialdemokratische Resolution, die eine Befreiung dieser Zustände verlangt, stimmte nur noch der Abgeordnete v. Gerlach. — Am letzten Tage beschäftigte sich der Reichstag mit einer Vorlage zur Entlastung des Reichsgerichtes, welche an eine Kommission von 21 Mitgliedern wanderte. Und dann schüttelten die Reichsboten den Berliner Staub von den Pantoffeln und gesehen nun drei Wochen lang der Pfingstferien.

Wegen Verteidigung des gesamten Offizierskorps des Deutschen Reiches und speziell der des Königreichs Sachsen wurde der verantwortliche Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“, der frühere Oberpostpraktikant Richard Wagner, zu einem Monate Gefängnis verurteilt. Wagner hatte einen Artikel „Tartüffe“ gebracht, in welchem die Unsitlichkeit in Offizierskreisen als geradezu traditionell bezeichnet wurde.

Fortsetzung in der Beilage.

Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Beilage zu Nr. 57. — Donnerstag den 19. Mai 1904.

Fortsetzung aus dem Hauptblatte.

Auf einen interessanten Fall der Wandelbarkeit der Rechtsprechung macht der Berliner „Vorwärts“ aufmerksam. Das Landgericht I in Berlin vertrat bisher mit äußerster Konsequenz den Standpunkt der Unzulässigkeit des Zusammenlegens von mehreren Klageobjekten der Arbeiter eines Unternehmens, um gegen ein gewerbegerichtliches Urteil die Berufung beim Landgerichte zu ermöglichen. (Aut § 55 des Gewerbegerichtsgesetzes ist Berufung gegen die Entscheide der Gewerbegerichte nur zulässig, wenn die Klagesumme 100 Mk. übersteigt.) Als nun ein Urtheil auf Grund des Klageantrages von 21 bei ihm beschäftigten Puffern vom Berliner Gewerbegerichte zu insgesamt 879,12 Mk. verurteilt worden war, legte derselbe Berufung beim Landgerichte I ein und zum erstenmale wurde nun einer solchen stattgegeben. Der „Vorwärts“ rät nun, den Berichten zu derselben Gesetzesauslegung gegen die Unternehmer Anlaß zu geben, zu welcher dieselben gegenüber der Arbeiterchaft angelangt sind. Beispielsweise könne der Erpressungsparagraf auch gegen die Unternehmer ausgespielt werden, welche die mit einer Lohnföhrung nicht einverstanden Arbeiter entlassen, ihnen somit ein Uebel zufügen. Wenn nach der vom Reichsgerichte gebilligten Rechtsprechung ein Erpressungsverdacht schon darin erblickt werde, daß Arbeiter für den Fall der Verweigerung einer Lohnerhöhung ihrem Unternehmer die ordnungsmäßige Kündigung androhen — wodurch demselben bei der Beschaffung anderer Arbeitskräfte Schwierigkeiten entstehen könnten — so müsse eben der Spieß auch umgedreht werden. Würde der sich immer schärfer ausprägenden Klassenjustiz auf diese Weise ihre Unhaltbarkeit beweisen, so könnte eine erzieherische Wirkung auf dieselbe nicht ausbleiben.

Die zwangsweise eingeföhrte freie Arztwahl in Solingen bereitet den dortigen Ärzten übles Ansehen. Die Krankenkassenmitglieder konsultieren nämlich nur zehn Ärzte, die ihnen von einem aus der Mitgliedermitte gewählten Komitee empfohlen werden. (In Leipzig ist mit einem Aktionsausschuß für Verzejtachen eine gleiche Instanz geschaffen, der in derselben Weise verfährt.) Die ausgeschalteten Ärzte sind natürlich darüber nicht wenig empört und ihren Anstrengungen ist es auch gelungen, einige Arbeitgeber aus dem Kassenvorstande für eine Beschwerde an die Regierung einzunehmen, in welcher das Verhalten der Krankenkassenmitglieder als Kontraktbruch bezeichnet wird. Nun soll wieder die Regierung helfen. Aber wie, da die Mitglieder doch weiter nichts tun, was die Ärzte selbst als notwendig und einzig richtig bezeichnet haben, daß nämlich jedes Mitglied sich an den Arzt seines Vertrauens müsse wenden können!

Die Menschenfreundlichkeit der ärztlichen Draufgänger zeigt sich in immer schönerm Bilde. Nach einem Wühlhauerer Blatte hat dort ein Arzt des städtischen Krankenhauses einem Jungen, welcher den Arm gebrochen, den bereits fertig gestellten Verband wieder abgenommen, als er erfuhr, daß der Vater des Knaben auf einem Werke arbeite, welches bei dem dortigen Streite zwischen den Ärzten und Krankenkassen zuungunsten der ersteren den Ausschlag gab. Die zuständige Behörde soll die Unterjuchung über diesen einzigen Fall bereits eingeleitet haben.

Freie Arztwahl, ärztlicher Notstand und behördliche Passivität. Ein vielgeplagter und vielbegehrter Arzt scheint der im 60. Lebensjahre stehende Sanitätsrat Dr. med. Finger in Witten zu sein, einem Flecken zwischen Northeln und Göttingen. Neben einer sehr ausgedehnten Privatpraxis und verschiedenen Ehrenämtern in der Gemeinde sind nicht weniger als zwölf Krankenkassen der ganzen Gegend von Northeln bis Göttingen in der „glücklichen“ Lage, genannten Herrn als Kassenarzt zu besitzen. Da der Herr Doktor nicht allenthalben zu gleicher Zeit sein kann und doch auch nur ein Mensch ist, müssen die Kranken eben warten. Und wer eben nicht warten kann — na, der stirbt ganz einfach. Sind doch leztlich zwei Maurer, die durch Sturz schwer verletzt waren und fast eine Stunde liegen mußten, ehe der Kassenarzt zur Stelle sein konnte, kurz nach dessen Eintreffen gestorben! Diese bedauerlichen Vorkommnisse veranlaßten den zweiten in Witten ansässigen Arzt Dr. Wiederholt, nunmehr energisch seine Anstellung als Kassenarzt zu betreiben. Er wandte sich zu diesem Zwecke an Mitglieder verschiedener Krankenkassen, die auf Grund des § 56a des Krankenversicherungsgesetzes seine Anstellung beantragen sollten. Die Vorkommnisse in Hannover sahte auf Anzeige des Dr. Finger diese Bewerbung aber als unzulässigen Wettbewerb auf und verurteilte den um seine Erlizenz ringenden zweiten Arzt zu 300 Mk. Geldstrafe und verjagte außerdem die Entziehung des aktiven und passiven Wahlrechtes zur Verzetammer für drei Wahlperioden. Nach der hiergegen beim Ministerium eingelegten Berufung wurde das Urteil in 150 Mk. Ertragung der Kosten und einer Verweis umgewandelt. Zuzwischen hat nun aber der verurteilte Arzt in mehreren Notfällen helfend eingreifen müssen und so verschiedene Kranke vor

dem sonst wohl sichern Tode gerettet. Trotzdem aber noch immer diese Halsstarrigkeit der Kassenvorstände, einen sechzigjährigen Herrn durch eine jüngere Kraft zu entlasten. Verschiedentlich hatten die Arbeiter eine Eingabe betreffs freier Arztwahl vorbereitet, dieses Vorgehen ist aber jedesmal bereitet worden. Wenn die Regierung in Köln für 1000 Mitglieder einen Arzt als das mindeste verfügte, so sollte man hier, wo es sich um einen ausgedehnten Wirkungskreis handelt, nur Gebrauch von dem Rechte des Einschreitens machen, aber bei den Ärzten wie bei den Behörden heißt es bezüglich der freien Arztwahl eben auch: wie es trifft!

In Wschaffenburg und Schweinfurt streifen die Maurer um höhere Stundenlöhne. — Der Kampf der Berliner Bäcker verläuft günstig. 1870 Bäckereien mit 4200 Gesellen haben bewilligt, 750 Bäcker befinden sich noch im Auslande; die Organisation hat schon um über 1000 neue Mitglieder zugenommen, so daß gegenwärtig 4200 Bäcker in Berlin organisiert sind. Die in Bäckereien arbeitenden Konditoren haben in 90 Gewächsten ihre Forderungen bewilligt erhalten. — In Posen wurden 400 Maler ausgeperrt, weil sie den alten Tarif weiter anerkennen und fernier aus der Organisation austreten sollten. — In Nürnberg sind 4200 Bauarbeiter ausgeperrt. — 200 Straßenbahner streifen in Poesfeld. — Wegen Ablehnung eines neuen Tarifes sind die Parkettbodenleger von Berlin ausständig. — Das Hamburger Gewerkschaftsstatut hat, um dem Tarifkämpfe der Brauereiarbeiter mehr Nachdruck zu geben, über alle dem Versicherungsverbande angehörende Brauereien den Boykott verhängt, das gleiche geschah schon vor einiger Zeit in Bremen seitens des dortigen Kartells gegen die Bremer Brauereien, mit welchen die Böttcher im Streite liegen. — Erfolgreich konnten die Steinmehler in Frankfurt a. M. ihren Streit beenden, ebenso die Miltärkattler in Berlin, welche nach nur zweektägigem Ausstände die neunstündige Arbeitszeit und ihren Tarif durchsetzten.

Briefkasten.

E. 100: Wenn wirklich einmal etwas Interessantes zu melden, warum nicht. Das diesmal Gesandte ist zu alltätig. — E. W. in Stuttgart: 2,00 Mk.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbüreau: Berlin SW 29, Chamissostr. 5, III.

Bezirk **Bielefeld**. Die Bezirksversammlung findet am 5. Juni, vormittags 11 Uhr, in Halle im Gasthause „Zum Schützenberge“ statt. Anträge sind bis zum 24. Mai an den Vorsitzenden Otto Micow, Hermannstraße 61, zu senden. Die Tagesordnung geht den Mitgliedern rechtzeitig zu.

Bezirk **Röstin**. Die diesjährige Frühjahrs-Bezirksversammlung findet Sonntag den 29. Mai in Stolp im Restaurant „Sängerheim“ (Zuh.: Kling), Kleine Unterstraße, statt. Anträge sind zu richten an Jul. Pinz in Köstin, Ammensstraße 10. Die Tagesordnung geht den Mitgliedern durch Zirkular zu.

Bezirk **Lörrach**. Die Buchdruckerei von Gustav Mehr in Säckingen ist aus dem Tarifverzeichnis gerichen und für Verbandsmitglieder gesperrt.

Heilbronn. Der Sezer Lorenz Kunzler aus Neustadt, zurzeit in Ludwigshafen, wird hiermit zum letztenmale aufgeföhrt, seinen Verpflichtungen der hiesigen Mitgliedschaft gegenüber nachzukommen, andernfalls Ausschlußantrag erfolgt.

Neuwied. Der Vorstand des Ortsvereins Neuwied-Andernach besteht aus den Kollegen: Gerhard Mauriz, Schloßstraße 24, Forstbender; Ambros Walfser, Engerstraße 11, Kassierer; Max Krumnow, Schriftföhrer; Wilh. Jordan, stellvertretender Vorsitzender; John Dern, Beisitzer.

Zur **Aufnahme** haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In **Nachen** der Sezer Ludwig Dillisch, geb. in Nachen 1884, ausgel. das. 1904; war noch nicht Mitglied. — In **Düren** der Drucker Hubert Menzies, geb. in Düren 1886, ausgel. das. 1904; war noch nicht Mitglied. — In **Schweizer** der Sezer Gerhard Rosenbaum, geb. in Schweizer 1880, ausgel. das. 1898; war noch nicht Mitglied. — **Andr. Wilms** in Nachen, Albalberstr. 55.

In **Hagen i. W.** der Sezer Hubert Neuhans, geb. in Münster 1878, ausgel. das. 1897; war noch nicht Mitglied. — In **Brilon** der Sezer Heinrich Hülsböhmer, geb. in Hagen i. W. 1882, ausgel. in Münster 1902; war noch nicht Mitglied. — In **Senner** der Sezer Gust. Zurf, geb. in Senner 1887, ausgel. das. 1904; war noch nicht Mitglied. — In **Ferloh** der Sezer Franz Stutenbäumer, geb. in Dorstfeld b. Dortmund 1885, ausgel. in Ferloh 1904; war noch nicht Mitglied. — **Louis Lorenz** in Hagen i. W., Fleyerweg 1 c.

In **Wien** der Maschinensezer Friedrich Kellner, geb. in Göttingen (Preußen) 1880, ausgel. das. 1899; war noch nicht Mitglied. — **Karl Mieß** in Wien VII/1, Seidengasse 17.

In **Kopenhagen** der Drucker August Höh, ausgel. in Kaiserlautern 1888; war schon Mitglied des Verbandes der Deutschen Buchdrucker. — **Wiktor Petersen**, Nybrogade 12.

Arbeitslosen-Unterstützung.

Hauptverwaltung. Bericht vom Monate März 1904.

a) **Auf der Reise**: Uebernommen vom vorhergehenden Monate 117 Mitglieder, aus Kondition kamen 150 (hiervon waren 35 noch zum Bezuge der Ortsunterstützung berechtigt), aus gegenseitigen Vereinen 56 (26 Verbands- und 30 gegenseitige Mitglieder und zwar aus Oesterreich 16 Verb.- und 23 gegenj. Mitgl., aus Norwegen 2 Verb.-Mitgl., aus Dänemark 3 Verb.- und 5 gegenj. Mitgl., aus der Schweiz 3 Verb.- und 1 gegenj. Mitgl., aus Elsaß-Lothringen 2 Verb.- und 1 gegenj. Mitgl.), aus konditionlosem Aufenthalt kamen 40 (hiervon bezogen 28 Mitglieder vorher Orts-Unterstützung und zwar 14 bis zu 10 Tagen, 7 bis zu 20 Tagen, 3 bis zu 30 Tagen, 3 bis zu 50 Tagen, 1 bis zu 70 Tagen), krank waren 15, zusammen 378 Mitglieder (293 Verbands- und 85 gegenj. Mitglieder, hierunter 32 Oesterreicher, 25 Ungarn, 8 Norweger, 4 Dänen, 10 Schweizer, 1 Elsaß-Lothringer, 3 Schweden, 1 Finnländer und 1 Serbe). Von diesen auf der Reise befindlichen 378 Mitgliedern hatten vorher geleistet: — unter 6 Beitr., 26 6—12 Beitr., 145 13—49 Beitr., 46 50—74 Beitr., 37 75—99 Beitr., 45 100—149 Beitr., 72 150—499 Beitr., 5 500—749 Beitr. und 2 Mitglieder über 750 Beiträge. — Es traten wieder in Kondition 156 Mitglieder, gingen am Schluß des Monats in das Gebiet gegenseitiger Vereine 49 (30 Verbands- und 19 gegenj. Mitglieder und zwar nach Oesterreich 25 Verb.- und 12 gegenj. Mitgl., nach Dänemark 2 Verb.- und 1 gegenj. Mitgl., nach Elsaß-Lothringen 2 Verb.- und 6 gegenj. Mitgl. und nach Rußland 1 Verb.-Mitgl.), bei Schluß des Berichtes verblieben konditionlos am Orte 28 (davon traten 15 in den Bezug der Orts-Unterstützung), krank wurden 5, ausgesteuert 2, der Nachweis hörte auf bei 3, auf der Reise verblieben 135, zusammen 378 Mitglieder und zwar 295 Sezer (erhielten 4179 Tage), 69 Drucker (erhielten 1032 Tage) und 14 Gießer (erhielten 278 Tage Unterstützung). Außerdem waren nach den Angaben der Reiseassistenten 7 Nichtbezugsberechtigte (darunter 1 Drucker) und 33 Ausgesteuerte (darunter 16 Drucker und 1 Gießer) auf der Reise. — Es wurden versandt: An 249 Mitglieder für 4059 Reisetage (grüne Leg.) à 1 Mk. = 4059 Mk., an 129 Mitglieder für 1330 Reisetage (weiße Leg.) à 1,25 Mk. = 1662,50 Mk., an Remuneration 87,80 Mk., an Porto 19,40 Mk., in Summa 5828,70 Mk., hiervon 4350,20 Mk. an Verbands- und 1478,50 Mk. an gegenseitige Mitglieder und zwar: 527,50 Mk. an Oesterreicher, 410,25 Mk. an Ungarn, 139 Mk. an Norweger, 86 Mk. an Dänen, 217,75 Mk. an Schweizer, 15 Mk. an Elsaß-Lothringer, 34 Mk. an Schweden, 21 Mk. an Finnländer und 18 Mk. an Serben. — Im Verhältnisse zu demselben Monate des Vorjahres wurde Reise-Unterstützung gezahlt:

1904 an 378 Mitgl. 5389 Tage = 5828,70 Mk.

1903 „ 633 „ 8522 „ = 9534,11 „

weniger 1904 an 255 Mitgl. 3133 Tage = 3705,41 Mk.

b) **Am Orte**: Uebernommen vom vorhergehenden Monate 370 Mitglieder, neu hinzugekommen 712, zusammen 1082 Mitglieder; hiervon waren berechtigt zu 70 Tagen à 1,25 Mk. 131 Mitglieder (88 S., 35 Dr. u. 8 G.), zu 70 Tagen à 1,50 Mk. 190 Mitglieder (146 S., 39 Dr. u. 5 G.), zu 140 Tagen à 1,50 Mk. 687 Mitglieder (490 S., 157 Dr. u. 40 G.) und zu 280 Tagen à 1,50 Mk. 74 Mitglieder (51 S., 20 Dr. u. 3 G.). — Es traten wieder in Kondition 696 Mitglieder (531 S., 134 Dr. u. 31 G.), gingen auf die Reise 35 (25 S., 8 Dr. u. 2 G.), wurden krank 8 (7 S. u. 1 Dr.), ausgesteuert 12, wovon 2 (2 S.) mit 70 Tagen à 1,25 Mk., 2 (2 S.) mit 70 Tagen à 1,50 Mk. und 12 (10 S. u. 2 Dr.) mit 140 Unterstützungsstagen à 1,50 Mk., die Unterstützung entzogen 2 (2 S.), ausgeschloffen 1 (1 S.), im Bezuge der Unterstützung verblieben am Schluß des Monats 324 Mitglieder (195 S., 106 Dr. u. 23 G.), wovon 40 (21 S., 15 Dr. u. 4 G.) zum Bezuge der Unterstützung bis zu 70 Tagen à 1,25 Mk., 48 (32 S., 13 Dr. u. 3 G.) bis zu 70 Tagen à 1,50 Mk., 210 (127 S., 69 Dr. u. 14 G.) bis zu 140 Tagen à 1,50 Mk. und 26 (15 S., 9 Dr. u. 2 G.) bis zu 280 Tagen à 1,50 Mk. berechtigt sind, zusammen 1082 Mitglieder und zwar 775 Sezer (erhielten 8049 Tage), 251 Drucker (erhielten 3790 Tage) und 56 Gießer (erhielten 830 Tage Unterstützung). — Diese 1082 Mitglieder verteilen sich auf die einzelnen Gane wie folgt: Bayern 102 (darunter München 67, Nürnberg 16, Augsburg 8, Würzburg 4,

Berlin 317, Dresden 37 (darunter Stadt Dresden 34), Erzgebirge-Bogtland 19 (darunter Chemnitz und Plauen je 4, Zwickau 3), Frankfurt-Hessen 27 (darunter Frankfurt a. M. 19, Kassel 6), Hamburg-Altona 69, Hannover 54 (darunter Stadt Hannover 30, Braunschweig 12, Göttingen 4, Hildesheim und Osnabrück je 3), Leipzig 128, Mecklenburg-Südbef. 6 (darunter Lübeck 3), Mittelrhein 33 (darunter Mannheim 6, Darmstadt, Hanau und Mainz je 4), Nordwest 12 (darunter Bremen 5, Oldenburg 3), Oberhein 12 (darunter Karlsruhe 7), Oder 28 (darunter Neubabelsberg, Potsdam und Stettin je 5, Brandenburg 4), Ostpreußen 24 (darunter Göttingen 7, Erfurt und Naumburg je 3), Ostpreußen 9 (darunter Königsberg i. Pr. 7, Posen 3), Rheinland-Westfalen 81 (darunter Barmen 13, Essen und Köln je 11, Düsseldorf 10, Mielefeld 9, Barmen 5, Dortmund 4, Eberfeld, Koblenz, Krefeld und Münster je 3), An der Saale 38 (darunter Magdeburg 14, Halle 8, Dessau und Wittenberg je 3), Schlesien 33 (darunter Breslau 22, Neuthein 4, Schleswig-Holstein 11 (darunter Kiel 5), Westpreußen 2, Württemberg 37 (darunter Stuttgart 23, Pforzheim 5, Heilbronn 3). — Es wurden verabschiedet: In 131 Mitglieder für 1508 Tage à 1,25 Mk. = 1855 Mk. und an 951 Mitglieder für 11152 Tage à 1,50 Mk. = 16728 Mk., in Summa 18613 Mk. — Im Verhältnisse zu demselben Monate des Vorjahres wurde Orts-Unterstützung gezahlt: 1904 an 1082 Mitgl. 12660 Tage = 18613, — Mk. 1903 „ 1183 „ 15597 „ = 22924,25 „ wenig 1904 an 101 Mitgl. 2937 Tage = 4311,25 Mk. Die Ausgabe von 18613 Mk. verteilt sich auf die einzelnen Gauen wie folgt: Bayern 1656,25 Mk., Berlin 4982,50 Mk., Dresden 553 Mk., Erzgebirge-Bogtland 405,25 Mk., Frankfurt-Hessen 509,75 Mk., Hamburg-Altona 1072,75 Mk., Hannover 807,75 Mk., Leipzig 2350,50 Mk., Mecklenburg-Südbef. 126 Mk., Mittelrhein 436 Mk., Nordwest 162 Mk., Oberhein 139,50 Mk., Oder 534,75 Mk., Ostpreußen-Schüringen 353,25 Mk., Ostpreußen 94,50 Mk., Posen 48,75 Mk., Rheinland-Westfalen 1749,50 Mk., An der Saale 656,25 Mk., Schlesien 759,25 Mk., Schleswig-Holstein 235,50 Mk., Westpreußen 27 Mk. und Württemberg 903 Mk.

Insgesamt wurden auf der Reise und am Orte im Monate März 1904 an 1460 Mitgl. 18049 Tage = 24441,70 Mk. 1903 „ 1816 „ 24119 „ = 32458,36 „ weniger 1904 an 356 Mitgl. 6070 Tage = 8016,66 Mk. ausgezahlt. Nach der Anzahl der Tage (18049) sind daher 582 Mitglieder (gegen 681 Mitglieder im Vorjahre) den ganzen Monat März hindurch ununterbrochen im Besitze von Arbeitslosen-Unterstützung gewesen. — Gesamt-Ausgabe im ersten Quartale (Januar bis März) 1904: 105136,93 Mk. für 76187 Tage 1903: 133160,02 „ 97346 „ weniger 1904: 28023,09 Mk. für 21159 Tage (ohne die mit der Quartals-Abrechnung ebent. noch eingehenden Nachträge).

Mainz. Die verehrl. Verbandsfunktionäre werden gebeten, I. dem Sejer Emil Höfel aus Chemnitz die Gptb.-Nr. 46683, 2. dem Sejer Jakob Arnold aus Wien die Gptb.-Nr. 46684 in das Leitungsbuch einzutragen. **Neuwied.** Das Blattum an Nichtbezugsberechtigten und Ausgescheuerten wird mittags von 12 bis 1 1/2 Uhr und abends von 6 bis 7 Uhr in der Wohnung des Kassierers Ambros Walser, Engerferstr. 11, ausgezahlt.

Tarif-Vmt der Deutschen Buchdrucker.
Berlin SW 48, Friedrichstraße 239.
Briefadresse: s. S. des Geschäftsführers Herrn Paul Schliebs.

Bekanntmachung.
Der „Tarif-Ausschuss der Deutschen Buchdrucker“ hat in seiner Sitzung vom 26. und 27. April 1904 über die allgemeine tarifliche Lage verhandelt und hat dabei verschiedene tarifliche Bestimmungen nach ihrer Wirkung einer besondern Besprechung unterzogen, aus der u. a. folgende Beschlüsse und Erklärungen hervorgegangen sind.

Zu § 36.
Auf Antrag der Gehilfenvertreter wurde festgestellt, was unter „staatlichen und kommunalen Pflichten“ im Sinne des Tarifes zu verstehen ist, und wurde der § 36 einstimmig wie folgt kommentiert:

Unter staatlichen und kommunalen Pflichten sind zu verstehen: Teilnahme an Kontrollversammlungen, Aushebungen und Musterungen; Anzeigen beim Standesamte in Geburts- und Todesfällen, soweit hierbei das Erscheinen des Betreffenden gefordert wird; das Erscheinen auf Vorladung an Gerichtsstelle in Vormundschafts- und anderen nicht verschuldeten Sachen, soweit Gebühren hierfür nicht bezogen werden; nicht verschuldetes polizeiliches Vorladungen und Vernehmungen; Feuerlöschdienst auf Grund öffentlicher Verpflichtung. Weiter wird prinzipalseitig zu Protokoll erklärt: daß bei Beerdigung solcher in der Diskussion näher bezeichneten Familienmitglieder ein Abzug vom Lohne bis zu einer Vermittlung von drei Stunden nicht gemacht werden sollte.

Zu § 51
betreffend die schiebsrichterlichen Instanzen der Tariforganisation ist folgender Antrag einstimmig zur Annahme gelangt:

Nach dem Tarife sind die tariflichen Organe verpflichtet, in allen Tarifangelegenheiten die Vermittlung zwischen Prinzipalen und Gehilfen zu übernehmen. Die verschiedenartigen beiderseitigen Beziehungen aus dem Arbeitsverhältnisse geben aber vereinzelt auch zu auferentlichen Differenzen Anlaß, deren Ausgang bei unterblebener Verständigung zu den schwersten Konflikten mit den Tariforganen und deren Pflichten führen kann, so daß schließlich solche Streitigkeiten eine Erschütterung des Prinzipals der Tarifgemeinschaft: den Frieden im Gewerbe zu erhalten, zur Folge haben können. Derartige Differenzpunkte haben in jüngster Zeit gehilfenseitig wiederholt Anlaß zur sofortigen Lösung des

Arbeitsverhältnisses gegeben, letzteres im besondern darinn, weil es an einer beruflichen Instanz fehlte, die sich der Schlichtung der verschiedensten Streitigkeiten angenommen hätte. Der Gehilfenstand liegt daran, den Beweis zu liefern, daß sie sich zur Innehaltung der tariflichen Ordnung nach jeder Richtung hin verpflichtet fühlen, und deshalb rechten die Vertreter derselben an den Tarif-Ausschuss das Ersuchen, die tariflichen Instanzen für alle Streitfälle, die sich aus der beruflichen Zusammenarbeit zwischen Prinzipal und Gehilfen der einzelnen Druckerei ergeben können, als vermittelnde und rechtsprechende Behörden wirken zu lassen. Die angerufene Instanz ist behufs schnellster Beilegung jeder Differenz verpflichtet, nach Anruf der einen Partei innerhalb 48 Stunden zu einer Sitzung zusammenzutreten, sofern sich die Parteien am Orte befinden; bei Anruf von außerhalb innerhalb drei Tagen nach Eintreffen der schriftlichen Klage. Bis zum Entscheide gelten für beide Parteien alle Differenzen als aufgehoben und es ist an den Rechten und Pflichten aus dem tariflichen Arbeitsvertrage in keiner Weise zu rütteln. Festgestellt wird auf Wunsch der Gehilfenvertretung, daß es — wie bisher schon — denjenigen Parteien, die nicht am Orte einer vorbestimmten tariflichen Behörde wohnen, gestattet ist, einen beliebigen Vertreter mit Wahrnehmung ihres Rechtes zu betrauen, für welchen Fall die Ausstellung einer schriftlichen Vollmacht Bedingung ist. — Den Tariforganen ist mit Ausnahme dieses Antrages eine weitere Pflichtenfüllung zugefallen, deren Erledigung sie sich aber — bestenfalls — im Interesse des Fortbestandes einer friedlichen Zusammenarbeit zwischen Prinzipalen und Gehilfen gern unterziehen werden. Wir richten deshalb an alle Schiedsrichter hiermit das besondere und recht dringende Ersuchen, dem vorstehenden Antrage zur Durchführung zu verhelfen, wozu wir allerdings auch des Vertrauens und des Gerechtigkeitsgefühls der Parteien ebenso dringend bedürfen. Die Geschäftsordnung für die Schiedsgerichte bleibt vorläufig die bisherige.

Zu § 35.
Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß in verschiedenen Druckereien die Lehrlinge zur Leistung von Uebearbeit in einem ungewöhnlichen Umfange herangezogen werden, erklärt der Prinzipalvertreter, daß nach allgemein in der Buchdruckerwelt anerkannten Grundsätzen

1. eine Ueberarbeit der Lehrlinge ohne Aufsicht überhaupt nicht statthaft ist, und
 2. daß Lehrlinge nicht in größerer Zahl zur Ueberarbeit herangezogen werden dürfen, als dies der Verhältniszahl der Lehrlingskala entspricht.
- Die aufgeführten Beschlüsse treten mit 1. Juni d. J. in Kraft.

Berlin, 15. Mai 1904.
Gg. W. Büxenstein, L. F. Wiesecke, Prinzipalvorsitzender, Gehilfenvorsitzender, Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Linothypsetzer für die Fertigkeit des Besen, auf 4 Wochen, 21. Mai bis 18. Juni, gesucht. Buchdrucker **Volksfreund**, Magdeburg, Gr. Mühlstr. 3.

Drei Schriftsetzer und ein Maschinenmeister (welcher das Einlegen besorgen kann) auf zwei bis drei Wochen zur Ausfülle gesucht in der Buchdruckerei

Viktor Seffer, Luxemburg, Glinerstraße. Eintritt: 30. Mai.

Für eine Buchdruckerei in Kiel wird ein tüchtiger, durchaus selbständiger **erster Maschinenmeister**

welcher in allen Druckerarbeiten erfahren ist, zum baldigen Antritte gesucht. Werte Angebote an die Geschäftsstelle d. Bl. unter K. 132 sofort erbeten.

Ein jüngerer Maschinenmeister

der vollständig perfekt in Rundstereotypie ist und auch einige Kenntnisse in Flachstereotypie besitzt, wird zum 15. Juni d. S. gesucht. Angebote mit Gehaltsansprüchen usw. an Buchdruckerei & Verlag des Volksfreund, Gsch & Co., Karlsruhe (Baden). 130

Zwei junge, ordentliche und tüchtige **Fertigmacher**

für eine Schriftsetzerei in Spanien gesucht. Werte Offerten unter Nr. 141 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Zuverlässiger Höhehobler

findet sofort eventuell dauernde Stellung. Meldungen unter Angabe der bisherigen Tätigkeit erbeten an die Schriftsetzerei Emil Gursch, Berlin SW, Guelienaustraße 27.

Moderne Altdenzsetzer

J. J. Leiter einer K. Druckerei Hamburgs, sucht sich zum 1. Juni in ähnliche Stellung zu verändern. Selb. kann den Prinzipal in jeder Hinsicht vertreten. Werte Off. m. Gehaltsangabe u. A. Z. 100 hauptpostl. Hamburg erb.

Buchdruckergesellschaft Klopffholz, Stuttgart.

Sonntag den 22. Mai, abends präzis 7 Uhr, in Dinkelscherischen Saalbau: Feier des **— Dreissigsten Stiftungsfestes —** bestehend in Konzert, Gesang, feierlichem Prolog und Theater. Die Kollegen der umliegenden Druckorte sind zum Besuche freundlichst eingeladen. Der Ausschuss. 137

Berfetter Sejer für Deutsch und Französisch, längere Jahre Aufwärmer in größerer Holzdruckerei, sucht seine Stelle zu ändern. Werte Offerten unter X. 139 an die Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Graphische Verlags-Anstalt Paul Goldschmidt, Halle a. Saale.

Fünffarbige seidene Buchdrucker - Bierzettel (als Hängekette [Chatelaines] an der Uhrkette zu tragen oder als Schmuck an der Uhrkette zu befestigen), mit echtem Gold- und Silberfaden, Wappenschlag in Nickel, . . . 3,50 Mk. Beschlag in echtem Silber . . . 6,00 Mk. **Fünffarb. Weinzettel.** Nickelbeschlag 2,50 Mk. Beschlag in Silberbeschlag . . . 4,50 Mk. Bei vorliegender Einlösung des Betrages 20 Pf. Porto. Nachnahme 30 Pf. extra. Man verlange gratis u. franko den Graphischen Anzeiger. 138

Vier Jahrgänge „Deutscher Buch- u. Steindruck“ (1897, 98, 99, 1900), gut erhalten, für 6 Mk. zu verkaufen. W. Könnert, Leipzig-Zhonerberg, Karolinenstr. 10, I.

Verband d. O. Buchdr. & Bezirksverein Mannheim. — **Gesangverein Zypographia.** —

Zu Ehren der am vierten Sängertage des Arbeiter-Sängerbundes für Baden und die Pfalz teilnehmenden auswärtigen Kollegen findet am 23. Mai (Abend) Sonntag, nachmittags 5 Uhr, in unserm Vereinslokale „Prinz-Max“, H. 3, 3, ein

Gemütliches Beisammensein mit Musik statt, wozu die auswärtigen Kollegen sowie unsere Mitglieder mit Familienangehörigen freundlichst eingeladen sind. Der Vorstand. 128

Am 12. Mai verstarb im Kreiskrankenhause zu Britz bei Berlin unser Mitglied, der Setzer

Ernst Kurt Meier aus Cainsdorf bei Zwickau im 28. Lebensjahre. Ehre seinem Andenken! Ortsverein Zosen. 129

Richard Härtel, Leipzig-R. (Inhaberin: Klara verw. Härtel) Kohlgrabenstrasse 48

liefert Werke aller Art zu Ladenpreisen franko. Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten. **Interessante Briefe für Buchdrucker.** Erschienen sind: Seiberfeld 1. Geschichte d. Buchdruckerkunst. 2. Schriftmaterialien. 3. Utenfischen. 4. Glatter Sab; Satzregeln. 5. Runt in Bude. 6. Verflag. 7. Satz von Buchstaben u. Gedichten. 8. Zabelarischer Satz. 9. Rata; Logik. 10. Satz von Wörterbüchern und Kalendern, Mathematischer u. Musiknoten. 11. Tittelzettel. 12. Buchtitel und Buchumschlag. 13. Abzugszettel, der Stil. 14. Grundzüge der Ornamentik. 15. Die typographische Sprache und der goldene Schnitt. 16. Der Briefkopf. 17. Die Adresskarte. 18. Die Kleinfame. Geschäftsarte, die Postkarte, Waise. 19. Seibens, Wein, Zanz; und Vereinstarben. 20. Die Zirkulare. 21. Die Prospekte. — Jeder Brief 75 Pf., im Vormerkung Brief 50 Pf. Nachen und Wirken. Praktische Hinte für Buchdruckereibesitzer und deren technische Beamte von E. Mint. 1,50 Mk.